"Von nichts kommt nichts!"

Fragmente

Verbandsarbeit in den 1970/80er Jahren



Bodo Redlin

Kreisverbandsvorsitzender der PDB Kiel (Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund)

Pressebeauftragter des Deutschen Beamtenbundes, Landesbund Schleswig-Holstein

danach

Pressebeauftragter des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, LV Schleswig-Holstein

Kreisverbandsversammlung in Kiel

Die Polizeigewerkschaft i. DBB - Kreisverband Kiel - führte am 29.3.1973 ihre diesjährige Kreisverbandsversammlung durch. Nach der Begrüßung erstattete der geschäftsf, Kreisverbandsvorsitzen-de Bodo Redlin der Versammlung Bericht. Dabei hob Redlin insbesonders hervor, daß der Kreisverband Kiel nach nicht einmal zwei Jahren seines Bestehens zu einer geschlossenen und ent-schlossenen gewerkschaftlichen Ver-tretung geworden sei, die immerhin 25 % aller Kieler Polizeibeamten vertrete. Dies, so führte Redlin weiter aus, sei ein Beweis des Vertrauens, das auch weiterhin gestärkt werden müsse. Anschlie-Bend berichtete er über die geleistete Arbeit und führte eine Reihe von Zielen auf, die es in der Zukunft zu bewältigen gebe. Der Kreisverband Kiel, erklärte Redlin, müsse durch ständige Einflußnahme auf den Gebieten der

- Inneren Führung
- Laufbahnen und Besoldung,
- Heilfürsorge und Pensionregelung,
- Aus- und Fortbildung sowie der - Erweiterung des Personalbestandes

mitwirken. Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit, Erhöhung des Mitgliederbestan-des und Aktivierung der Mitglieder waren weitere Punkte aus der bunten Palette seiner gewerkschaftlichen Zielset-

Danach folgte ein Referat des Landes-vorsitzenden der Polizeigewerkschaft im DBB, Walter Seidenstricker, über aktuelle gewerkschaftliche Probleme. Seidenstricker hob hervor, daß es zum er-sten Mal in der Geschichte der Begründung, ja sogar der grundsätzlichen. Rechtfertigung des Berufsbeamtentums bedarf, obwohl gerade heute das Be-rufsbeamtentum so notwendig wie nie zuvor sei

Von der Kreisverbandsversammlung wurde einstimmig eine Entschließung des Landesvorstandes angenommen die Besoldungsentwicklung bei der Polizei kritisiert. Die Entschließung wurde dem Ministerpräsidenten, Herrn Dr. Gerhard Stoltenberg, dem Innenmini-ster, Herrn Rudolf Titzck, sowie allen Abgeordneten des Landtages übersandt.

Ein vom stellv. Landesvorsitzenden Kurt Müller gehaltenes Referat, in dem er sich kritisch mit der Zukunft unserer Leistungsgesellschaft befaßte, fand sehr viel Interesse.

Nach den Vorstandswahlen erklärte der neugewählte Kreisverbandsvorsitzende, Bodo Redlin, daß die Zusammensetzung des neuen Kreisvorstandes für die Zu-

kunft hoffen ließe. Der Kreisvorstand müsse jedoch ständiger Ansprechpart-ner für die Belange der Beamten sein. Er forderte alle Mitglieder zur Mitarbeit

Mit einer Diskussion zwischen den Versammlungsteilnehmern und den ariwe-senden Mitgliedern der Landesleitung. die von dem Kollegen Friedrich Kortum geleitet wurde, ging die Kreisverbandsversammlung zu Ende.

Der neue Kreisvorstand:

Kreisverbandsvorsitzender:

2300 Kiel Hamburger Ch. 349 a Tel.: (0431) 65754 1. Stelly. Vorsitzender:

Paul Ries 2300 Kiel Gerhardstr. 61 Verkehrsunfalldienst

2. stelly. Vorsitzender:

Dieter Steinhardt 2300 Kiel 14 Rönner Weg 7 WSP-Revier Kiel

Kassanwart-Gerhard Schmidt Schriftführer: Werner Nitta Beisitzer Klaus Bock und Friedrich Kortüm

Detlef Jensen und Benno Pohl wurden zu Kassenprüfern gewählt.



Kortüm, Schmidt, i Steinhardt (v.l.n.r.)



Ver ist eigentlich Bodo Redlin?

eb. am 1943 in Hannover, Hauptchulabschluß, Lehre als Maschinen-chlosser, Ausübung des Lehrberufes, 5

ahre Bundeswehr (Feldwebel d.R.), 4. 1969 Eintritt in die Landespolizei, irundlehrgang an der LPS Eutin, seit dem 4. 1970 als Schichtdienstbeamter auf em 2. Polizeirevier in Kiel, z.Z. Polizeineister.

odo Redlin versteht sich als engagierter ürger und hat sich noch nie gescheut, erantwortung zu übernehmen. Mitglied er PDB seit dem 1. 4. 1970. 26. 6. 1971 Gründungstag des Kreisverbandes Kiel) -. 12. 72 1. stelly. Kreisverbandsvorsitzen-er, danach bis 29. 3. 1973 geschäftsfühender Kreisverbandsvorsitzender, seither reisverbandsvorsitzender.

odo Redlin ist ledig und verbringt seine reizeit u.a. mit Sport (Fußball - Spiel-ihrer einer Bezirksklassen-Mannschaft), olitik (CDU-Mitglied), Lesen und Aquari-



Beiträge aus "Polizeispiegel"

unten:

aus Werbebroschüre des Kreisverbandes, 1973

Diese Kollegen verdienen Ihr Vertrauen:



Kreisverbandsvorsitzender

BODO REDLIN Anschrift: 2300 Kiel 1

1, stelly, Vorsitzender PAUL RIES Mitglied des Lan 2300 Kiel 1





2. stelly. Vorsitzender DIETER STEINHARDT, Ing. (grad.) DIETER STEIN Foliasions (Section 1998)

Poliasions (November 1997)

stein, Recierlariter, WSP-Revier Kiel, 36 Jahre alt, verheratet, 2 Kinder, Wyrachaftsteinur, erlennise Beruft 54 Anschrift: 2300 Kiel 14 Ronner Weg 7 Telefon 78 41 47



Kassenwart GERHARD SCHMIDT Anschrift: 2301 Hohenfelde



2300 Kiel 1 Göteborgring 27 Telefon 52 28 20 Anschrift:



2300 Kiel 1 Goteborgring 2



Beisitzer KLAUS BOCK 2302 Flintbek Anschrift: Demenbeck 90 Telefon 04347 / 21 46

Vorgesetzte und ihre Mitarbeiter

Von Zeit zu Zeit ist es angebracht, sich über das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und ihren nachgeordneten Mitarbeitern Gedanken zu machen. Die tägliche Praxis zeigt immer wieder, daß es auch noch heute Vorgesetzte gibt, die ihre nachgeordneten Beamten als »Untergebene« behandeln und von ihnen Unterwürfigkeit verlangen. Ehemals obrigkeitliche Vorstellungen und Führungspraktiken sind immer noch weiter verbreitet, als man vermutet. Allerdings wird dieses obrigkeitliche Denken nicht dem Mitarbeiter offenbart, sondern zumeist in versteckter Form angewandt. Wer durchschaut schon einen jederzeit freundlichen und sich fürsorgerisch gebenden »Chef«?

Allzu häufig kommen einige Mitarbeiter dem obrigkeitlichen Verhalten bestimmter Vorgesetzter entgegen, da sie kritiklos alles über sich ergehen lassen. Der kritiklose Beamte ist für den angesprochenen Vorgesetztentyp angenehm; er wird zum initiativ- und wirkungslosen Befehlsempfänger, zu einem wenig produktiven Karriereopportunismus veranlaßt. Kritik gefährdet noch immer die Karriere. Obwohl § 67 Landesbeamtengesetz von dem Beamten verlangt, daß er seine Vorgesetzten zu beraten und zu unterstützen hat, wird berechtigte Kritik oftmals als anmaßend empfungen. Der »ideale« Vorgesetzte weiß indessen, daß verschiedene Auffassungen nötig sind, um die Vorstellungskraft anzuregen, und seine nachgeordneten Mitarbeiter vom Staat dafür bezahlt werden, daß sie etwas leisten, und nicht, um ihren Vorgesetzten zu gefallen. Hier ist nicht die Frage relevant, wie der Mitarbeiter mit seinem Vorgesetzten auskommt, sondern, was er zur Leistung beiträgt. Dieses ist leider noch nicht überall erkannt worden und führt daher zu Mißverständnissen, die das Verhältnis Vorgesetzter – Mitarbeiter belasten, so daß der Dienstvorschrift, in der es wörtlich heißt: »Unermüdliche Fürsorge und vorbildliche Kameradschaft sollen Vorgesetzte und Untergebene verbinden«, nicht immer Rechnung getragen wird. Noch heute wird die Menschenwürde dadurch getroffen, daß der Beamte als Objekt behandelt wird. Es werden

PRESSE-ECHO

Kieler Nachrichten vom 31.3.1973

Polizeigewerkschaft übt Kritik

Kreisverband Kiel nahm einstimmig Entschließung an

(*) Einstimmig wurde vom Kreisverband Kiel der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund eine Entschließung angenommen, die die Besoldungsentwicklung bei der Polizei kritisiert. »Der Beschluß der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, die Polizeizulage von 120 auf 80 DM zu kürzen und dafür die Polizei in die allgemeine Zulagenregelung miteinzubeziehen, wird vom Landesverband Schleswig-Holstein der Polizeigewerkschaft mit aller Entschiedenheit abgelehnt«, heißt es wörtlich.

Landesregierung und Fraktionen werden aufgefordert, den Beschluß zu überprüfen; denn das Verhältnis zwischen der Polizei und den für die innere Sicherheit zuständigen Innenministern wird durch das Verhalten der Ministerpräsidenten erheblich gestört.

Dagegen erklärt die Landesregierung in einer Presseerklärung, daß die neue Regelung eine Verbesserung darstelle, da früher allein die Polizeivollzugsbeamten eine Zulage von 120 DM erhielten. Ferner betrage die allgemeine Stellenzulage 67 DM im mittleren und 100 DM im gehobenen Dienst. Daneben soll eine Polizeizulage von 80 DM bezahlt werden. Außerdem beziehe sich der Beschluß nicht auf den Fall, daß im Besoldungsrecht die allgemeinen Zulagen in das Grundgehalt einbezogen werden.

Zuvorhatte der geschäftsführende Vorsitzende Bodo Redlin hervorgehoben, daß der Kreisverband etwa 25 Prozent aller Kieler Polizeibeamten vertrete. Als besondere Aufgaben stellte er heraus: ständige Einflußnahme auf dem Gebiet der inneren Führung, der Laufbahn und Besoldung, der Heilfürsorge, Pensionsregelung. Aus- und Fortbildung sowie Erweiterung des Personalbestandes. Über aktuelle gewerkschaftliche Probleme referierte Walter Seidenstricker, Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft im DBB.

Die Wahlen des Kreisverbandes ergaben: 1. Vorsitzender Polizeimeister B. Redlin, Stellvertreter Paul Ries, 2. Stellvertreter Steinhardt, Kassenwart G. Schmidt, Schrifführer W. Nitta und Beisitzer Kortüm sowie Bock. wesentliche Grundsätze der Inneren Führung außer acht gelassen, was einfach unverständlich ist, weil es sich in unserer Zeit schon herumgesprochen haben dürfte, daß eine gute innere Führung sich auf die Leistungsbereitschaft des Beamten auswirkt.

Vom Vorgesetzten, insbesondere vom Oberbeamten, sollte Intelligenz, Phantasie und Bildung verlangt werden. Diese Eigenschaften sollte er aber nicht nur besitzen, sondern auch wirksam einsetzen. Der wirksame Einsatz scheint aber noch Schwierigkeiten zu bereiten, denn anders ist es nicht zu erklären, daß häufig absurde Entscheidungen getroffen werden, die in keiner Relation zu der zu bewältigenden Aufgabe stehen.

Es gibt konkrete Beispiele dafür, daß ein nachgeordneter Mitarbeiter, der nicht alle Mißstände oder Fehlentscheidungen hinnimmt, von seinem Vorgesetzten bewußt benachteiligt wird. Das schonungslose Aufdecken von Schwächen, gepaart mit ständiger Kritik, daß »Wegloben« oder das Vorschieben von dienstlichen Gründen, um einen unbequem gewordenen Beamten einer anderen Dienststelle zuzuteilen, sind nur einige angewandte Methoden. Diesen Vorgesetzten ist vor allem nicht bewußt, daß es unverantwortlich ist, sich auf die Schwächen eines Beamten zu konzentrieren. Sich auf die Stärken zu konzentrieren, heißt Leistungen verlangen. Der Vorgesetzte ist es seinem Dienstherrn schuldig, die Leistungskraft eines jeden nachgeordneten Beamten so produktiv wie möglich einzusetzen. Die Besetzung begehrter Dienstposten bei der Polizei erfolgt aber oftmals nicht nach diesem Gesichtspunkt, sondern nach dem »Wohlwollen« des Vorgesetzten. »Wohlwollen« in dieser Form ist aber rechtswidrig, wie auch die bewußte Benachteiligung. Dieses kommt besonders bei der Erstellung einer Beurteilung für einen Beamten zum Tragen. Hierbei muß unbedingt auf eine subjektive Bewertung verzichtet werden. Die persönlichen Vorstellungen und Pflichtauffassungen des Beurteilenden dürfen auf keinen Fall eine Rolle spielen.

Abschließend sei vermerkt, daß es sehr leicht ist, Vorgesetzte zu kritisieren. Den Idealvorgesetzten, der es allen nachgeordneten Mitarbeitern recht macht, gibt es nicht und wird es auch nie geben, jedenfalls nicht innerhalb einer größeren Gruppe. Kritik an bestimmten Vorgesetzten soll diesen Gelegenheit geben, ihre Haltung und ihr Handeln zu überprüfen. Es ist sehr wohl bekannt, daß sich sehr viele Vorgesetzte bemühen, obrigkeitliche Gepflogenheiten und Verhaltensweisen abzubauen und einen solchen Führungsstil zu praktizieren, der unserer Gesellschaftsordnung und dem zu erfüllenden Sachauftrag gerecht wird.

Ein Führungsstil nach dem Primus-inter-pares-Prinzip würde das Verhältnis Vorgesetzter – Mitarbeiter entscheidend positiv verändern. Bodo Redlin

Literatur

Vorschlag des Deutschen Beamtenbundes zur Reform des öffentlichen Dienstrechts, 1972

Aktionsprogramm 71 der PDB, Schleswig-Holstein

Friedrich Kortüm, PDB fordert bessere innere Führung in Schleswig-Holstein, Polizeispiegel 7/69

Paul Ries, Probleme der inneren Führung. Sonderbroschüre der PDB anläßlich des beamtenpolitischen Kongresses 1972 in Lübeck

SH 81

Artikel erschienen im "Polizeispiegel", Fachorgan der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDB)

Februar 1973





Kreisverbandsversammlung in Kiel

Am 26. 3. 1974 führte der Kreisverband Kiel seine diesjährige Kreisverbandsversammlung durch. Der Kreisverbandsvorsitzende Bodo Redlin konnte neben den sehr zahlreich erschienenen Mitgliedern beson-ders den Leiter der Polizeidirektion Mitte, Herrn Polizeidirektor Eckert, den Leiter der Polizelinspektion Kiel, Herrn Oberpolizel-rat Brotke, und den Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft im DBB, Koll. Walter Seidenstricker, begrüßen.

Anschließend referierte PD Eckert über das Thema: "Programm für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland". In seinem interessanten und aufschlußreichen Referat ging PD Eckert u. a. auch auf die integrierte Organisation der Schutz- und Kriminalpolizei ein. Die integrierte Organisation der Schutz- und Kriminalpolizei auf einer Behördenebene sei, so der Referent, in Schleswig-Holstein sofort nicht möglich. Sie sei aber zu befürworten, wenn im Zusammenhang mit der ge-wünschten Polizeidichte (1 Beamter auf 400 Einwohner) Zu- und Abstriche in Beachtung der strukturellen wirtschaftlichen, geographischen und bevölkerungspolitischen Aspekte des Landes Schleswig-Holstein als Industrie- und Agrarland, gemacht werden. Gerade diese Aspekte, das Randgebiet Hamburgs, die Garnisonsstädte, das Indu-striedreieck Kiel — Neumünster — Rendsburg, verzerren die Aussage zur Dichte

Kollege Seidenstricker referierte über aktuelle gewerkschaftliche Probleme, Forderungen, Zielsetzungen und das Erreichte der PDB-Schleswig-Holstein, Im Zuge dieser Ausführungen faßte die Versammlung eine Entschließung, wonach die Zusage vorzeitiger Pensionierung mit allen wohlerworbenen Rechten an die Fluglotsen in gleichem Maße auf die Polizel auszudehnen sei, da die Gründe der permanenten Streßbelastung auch für die Polizeibeam-ten zutreffen. Diese Entschließung wurde dem Herrn Ministerpräsidenten, dem Herrn Innenminister und den politischen Parteien des Landes Schleswig-Holstein zugeleitet.



In seinem Rechenschaftsbericht führte der Kreisverbandsvorsitzende Bodo Redlin aus, daß der Kreisverband Kiel seine Stellung im Kieler Polizeibereich gefestigt und wei-ter ausgebaut habe. Der Kreisverband Kiel sei zu einer nicht mehr zu übersehenden Berufsvertretung geworden. Dieses, so Redlin, sollte nun jeder als unabänderliche Tatsache anerkennen. Der Polizeikollege habe die besondere Aktivität der PDB honoriert, so daß der Kreisverband Kiel nun den 160. Im aktiven Polizeidienst stehen-den Beamten aufnehmen konnte, Nachdem Redlin zahlreiche Aktivitäten des Kreisvorstandes aufgeführt hatte, stellte er abschließend fest, daß eine gesunde Basis für die Zukunft geschaffen worden sei und forderte alle Mitglieder auf, die Zukunft mitzugestalten.

Bei der Behandlung von Anträgen stand das vom Kreisvorstand eingereichte Aktionsprogramm 74 im Mittelpunkt. Dieses Aktionsprogramm setzt die Zielrichtung gewerkschaftlicher Arbeit des Kreisverbandes für die nächsten Jahre fest und setzt in der Verbandsarbeit zur Kieler Polizeiführung, zum Deutschen Beamtenbund, zur Personal- und Planstellensituation und zum Verhältnis zu konkurrierenden Berufsvertretungen moderne, zukunftsweisende Aspekte, die auf den Grundsätzen eines rechtsstaatlich, modernen Berufsbeamten-tum aufgebaut sind. Das Aktionsprogramm 74 wurde von der Kreisverbandsversammlung einstimmig angenommen

Die Versammlungsleitung unter der Führung des Kollegen Albert Rosenthal leitete die Versammlung souverän und zügig.

Der neue Kreisvorstand:

Kreisverbandsvorsitzender: Bodo Redlin - 2. Polizeirevier -

1. stellvertretender Vorsitzender Dieter Steinhardt - WSP-Revier Kiel

2. stellvertretender Vorsitzender: Klaus Bock - 3. Polizeirevier -

Gerhard Schmidt - 6. Polizeirevier -

Schriftführer:

Peter Galle - 5. Polizeirevier -

Jugendvertreter:

Benno Pohl - 2. Polizeirevier -

Dieter Boos - 3. Polizeirevier -

Bernd Thode - Bez. Revier -

Kassenprüfer (nicht Mitglieder des Kreisvorstandes):

Detief Jensen und Manfred Nacke.

Der neue Vorstand v. I. n. r. Nacke (Kassenprüfer), Galle, Pohl, Steinhardt, Redlin, Bock, Schmidt, Thode, Boos,

Streß auch bei der Polizei

Hauptversammlung der Polizeigewerkschaft

(Eig. Ber.) Auf der Jahresver-sammlung des Kreisverbandes Kiel der Polizeigewerkschaft im Deut-schen Beantenbund fadten die Mitschen Beamtenbund fasten die Mitglieder eine Entschließung. Darin
wird gefordert, daß die Zusage vorzeitiger Pensionierung mit allen
wehlerworbenen Bechten an die
Flugloisen auf die Polizei auszudehnen sel, da die Gründe der permanenten Streßbelastung auch für die
Pelizeibeamten zuträten. Die Kesolution wird an die Landesregierung
und die Parteien geleitet.

Der neue Vorstand setzt sich wie folg: russmmen: Kreisverbandsvor-sitzender Bodo Rediin, l. Stellvertre-ter: Dieter Steinhardt, 2. Stellvertre-ter Klaus Bock. Kassenwart Schmidt, Schriftführer Galle, Ju-gendvertreter Pohl,

Polizeidirektor Eckert. Leiter der Polizeidirektion Mitte, referierte vor den Gewerkschaftsmitghedern

über Organisationsfragen der Polizeit über das Verhältnis der Polizeiten der Länder zum Bundesgrenzschutz als Polizei des Bundes und die Ausrüstung auf technischem Gebiet. Nach Auffassung des Referenten müsse der Bundesgrenzschutz dort seine Aufgaben finden, wo die Bereitschaftspolizeit das Ausbildungsreservoir für die Schutzpolizeit, nicht mehr in dem erforderlichen Umfang eingesetzt werden könne. Er nannte als Beispiele Katastrophenhilfe und den Einsatz bei Notstandsfällen. Zur integrierten Organisation der Schutz- und Kriminalpolizeit auf einer Behördenebene meinte Dekert, sie sei in Schleswig-Holstein micht sofort möglich, aber zu befürworten.

PDB-Landesvorsitzender Walter Sei dens trick er behandelte anschließend aktuelte gewerkschaftlischlesend aktuelte gewerkschaftlischlesend aktuelte gewerkschaftlischlesend aktuelte gewerkschaftlischlesend aktuelte gewerkschaftlisch

Seidenstricker behandelte an-schließend aktuelle gewerkschaftilche Proofeme, Forderungen und Zie-

Kiele Nochrichtin v. 28.3.74

PDB-Kreisvorsitzender **Bodo Redlin**

wurde Pressereferent des Deutschen Beamtenbundes

Landesbund Schleswig-Holstein -

Der Deutsche Beamtenbund berief den Kreisvorsitzenden des Kreisverbandes Kiel, Bodo Redlin, zum Pressereferenten. Ihm fällt die Aufgabe zu, die Arbeit des DBB der Öffentlichkeit und Interessierten darzustellen und "zu verkaufen" und den Informationsfluß intern zu garantieren. Die Berufung Redlins ist für die PDB von großer Bedeutung und darf zugleich als Vertrauensbeweis des DBB in die Arbeit

der PDB gewertet werden. Eine ehrenvolle Berufung für Redlin eine Herausforderung zugleich.

li. u. oben jeweils aus "Polizeispiegel"

Offizielles Mitteilungsblatt des Bundes der Deutschen Zollbeamten, Bezirksverband Schleswig-Holstein e. V.

AUSGABE 5 / 74

13 JAHRGANG

PRESSEBEAUFTRAGTER FÜR DEN DBB-LANDESBUND

Der DBB-Landesbund Schleswig-Holstein hat den Kollegen Bodo Redlin aus Kiel zum Pressebeauftragten des Landesbundes berufen. Mit seiner Hilfe soll die Offentlichkeitsarbeit noch effektiver gestaltet werden. Der Pressebeauftragte hat v.a. die Aufgabe, die Arbeit des Deutschen Beamtenbundes -Landeshund Schleswig-Holstein - in ihren Zielen und Grundsätzen, ihren Leistungen und Erfolgen auf allen Ebenen der Offentlichkeit darzustellen. Darüber hinaus übernimmt er die Information der Mitglieder, der Kreisausschüsse sowie der DBB-Personalräte.



"Kritik am öffentlichen Dienst nur aus Effekthascherei"

DBB-Landasvoreitzender Kolbe: Nicht in den Chor der Beamtenjäger einstimmen!

Der DBB-Kreisausschuß Schliswig führte eine Arboitstagung im "Dom-krug" durch, auf der aktoelle Beam-tenfragen erörtert wurden. Vorsitzender Burkhard Unke konnte neben den vollzählig erschienenen Mitgliedern den DBB-Landesvorsitzenden Ulrich den DEB-Landesvorsitranden Ulrich Kolbe, der Landespeschäftsführer Friedrich Friedrichs und den Landespeschäftsführer Friedrich Friedrichs und den Landespeschäftsführer Friedrich Index von der Landesvorsitrender Kolbe ging in seinem Referst zunüchts auf die wachsende Kritik am Ullentlichen Dienst ein. Zunehmende Angrufte gegen den Ullentlichen Dienst schiechten med besonders gegen den Deutschen Beamtenbund führte er auf "Elfektharcherei" zufüch, die es rur Zeit publikunswirksam sei, dem Uffestlichen Dienst als "Prügelknaben für Pehist und Milatilande auf dem Gebiebe der Wirtschaft und Pinanzen" hinrustellen. Schleswiger Nachrichten v. 07.10.1974





PDB-REPORT

Informationsdienst der Polizeigewerkschaft (PDB)

kreisvorstand informiert ++ der kreisvorstand informiert ++ der kreisvorstand i

KREISVERBANDSVORSTAND SETZT ZIELSTREBIGE ARBEIT FORT

Liebe Kollegen !

Am 11.4.1974 fand sich der neugewählte Kreisverbandsvorstand zu seiner ersten Sitzung nach der Kreisverbandsversammlung zusammen. Diese Vorstandssitzung diente vor allem der Festsetzung von zukünftigen Arbeitszielen. Orientiert am richtungsweisenden Aktionsprogramm 74 wurde u.s. folgenden Aufgaben und Zielen Priorität eingeräumt:

- · Verbesserung der Personalwirtschaft.
- O Verwirklichung einer leistungsorientierten Planstellenpolitik,
- · Verwirklichung der Inneren Führung,
- O Vorbereitung auf die Personalratswahlen 1975,
- · Verstärkung der innerverbandlichen Einflußnahme,
- o Intensivierung der innerverbandlichen Jugendarbeit,
- · Erhöhung des Mitgliederbestandes.

Der Kreisverbandsvorstand wird wie bisher auf der Basis der im Aktionsprogramm 74 konkretisierten Zusammenarbeit Gespräche mit der Kieler Polizeiführung führen. So werden innerhalb der nächsten zwei Monate Zusammenkünfte mit dem Leiter der Polizeidirektion Mitte, dem Leiter der WSP-Direktion, dem Leiter der Polizeiinspektion Kiel und dem Führer der 2. Hundertschaft angestrebt.

Es wurde übereinstimmend festgelegt, daß die Arbeit des Kreisverbandsvorstandes wie bisher von Verantwortungsbewußtsein, Zielstrebigkeit, Beharrlichkeit und konstruktivem Denken geprägt sein wird. Sachbezogene und wirklichkeitsnahe Initiativen werden weiterhin Erfolge bringen.

Der Kreisverbandsvorstand hat im verstärkten Maße denjenigen Kräften den Kampf angesagt, die aus eigensüchtigen oder gruppenegoistischen Motiven dem Fortschritt im Polizeibereich entgegenstehen. Die Hemmschuhe des Fortschritts müssen unter Einsatz aller demokratischen Mittel beseitigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Book Diell(Bodo Redlin)

Kreisverbandsvorsitzender

Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PDS), Landesverband Schleswig-Holstein, Geschältsstelle: 24 Lübeck 14
Westpreußenring 44, Telefon 0451/303857



KURIER FÜR DIE POLIZEI DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

9/75

Geschäftsstelle: 2400 Lübeck 1, Westpreußenring 44, Fernruf: (04 51) 30 38 57 Vorstand: 2081 Bönningstedt, Ostermoorweg 9—11, Fernruf (0 40) 5 58 80 76

Reform des öffentlichen Dienstrechts durch die Hintertür?

von Bodo Redlin

In den letzten Jahren und vor allem in den vergangenen Monaten wurde der öffentliche Dienst von den verschiedensten Seiten gezielt diffamiert. Und nun will man beifallheischend "Privilegien" der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes abbauen. Klingt da nicht noch eine bestimmte Ankündigung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in unseren Ohren? Hieß es nicht von dieser Seite "wir werden das Berufsbeamtentum aushöhlen, bis nur noch eine leere Hülle davon da ist, die man achtlos fortwirft?"

Aufgepaßt! Die Reform-Utopisten, die mit der Durchführung der dringend notwendigen Reform des öffentlichen Dienstrechts die Beseitigung des sich in jeder Situation bewährten Berufsbeamtentums anstreben und an seine Stelle - über eine Verfassungsänderung — ein Einheitsdienstrecht auf tarifrechtlicher Grundlage verbunden mit dem Streikrecht wollen, haben noch nicht aufgegeben. Obwohl Bundesinnenminister Maihofer sich schon vor längerer Zeit dahingehend geäu-Bert hatte, daß die geplante Dienstrechtsreform auf der Grundlage der geltenden Verfassung mit ihrer Tarifautonomie und der Garantie des Berufsbeamtentums durchgeführt werden soll (dieses bestätigte er auch letztlich in der ZDF-Sendung "Bonner Perspektiven" am 21. 7. 75), lassen die "Reform-Utopisten" nicht nach. Auf zur Attacke!

Außer der ständigen Beamtenscheite, die bereits zu einem Kesseltreiben wurde und durchaus geeignet ist, zu einer Gefahr für die freiheitliche Demokratie zu werden, gibt es viele Beispiele, die darauf hinweisen, daß gewollt oder ungewollt die tarifrechtlichen Vorstellungen des DGB verwirklicht werden sollen.

— So haben kürzlich vier niedersächsische SPD-Abgeordnete (Mitglieder der DGB-Gewerkschaft ÖTV) eine "Kleine Anfrage" an den Niedersächsischen Landtag gestellt und gefragt, ob nicht durch Einbeziehung aller Angehörigen des öffontlichen Dienstes in die gesetzliche Sozialversicherung der Aufwand des Landes für die Krankheitsfürsorge erheblich gesenkt werden kann.

Obwohl die Fragesteller selbst dem öffentlichen Dienst angehört haben und dadurch wohl gesehen haben müssen, daß eine solche Regelung mit Mehrkosten verbunden ist, kann man wohl nicht umhinkommen zu vermuten, es ging hior um etwas anderes. Es ist nämlich zweifelsfrei gelungen, die Öffentlichkeit wieder einmal gegen die durch Beihilfen "privilegierte" Beamtenschaft aufzubringen.

In dem Fachorgan des DBB-Landesbundes Niedersachsen "Beamtenwarte", Ausg. 7/8/75, wird die Schwäche dieser "Spar"-Anregung schnell dargelegt: "In Bund und Ländern liegt der Gesamtaufwand an Beihilfen erheblich unter 5 % des entsprechenden Besoldungsaufwands. Der durchschnittliche Arbeitgeberantell für die gesetzliche Krankenversicherung, also der Aufwand, der bei Aufgabe des Beihilfesystems auf das Land zukäme, liegt im Bundesdurchschnitt beträchtlich über 5 %. Die z. Z. noch ausstehende Antwort der Landesregierung wird zeigen, daß — folgte man der Anregung der Fragesteiler — das Land mit Mehrkosten zu rechnen hätte, die zwischen 20 und 30 Millionen DM liegen könnten."

— So hat das IG Metall-Vorstandsmitglied Janzen am 17. 7. 75 vorgeschlagen, die Beamten an der Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung mit zu beteiligen. Er regte an, das bisherige Beitragssystem in der Arbeitslosenversicherung durch einen Arbeitsmarktbeitrag zu ersetzen, den alle Arbeitnehmer, auch die Beamten, zu leisten hätten (so die Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 18. 7. 75).

— Der CDU/CSU-Finanzsprecher im Deutschen Bundestag, H\u00e4fele, schlug in einem Interview mit der Hamburger Zeitung "Zeit" eine Reihe von Maßnahmen vor, die — so die "Hamburger Morgenpost" — den Beamten den Marsch blasen und sie zu mehr Arbeit anhalten soll.

Und letztlich schlägt die sogenannte SPD-"Fallstudie" einen Abbau einer Reihe von angeblichen Privilegien der Beamtenschaft vor.

Der DBB-Vorsitzende Alfred Krause bezeichnete in einer ersten Stellungnahme diese Vorstellungen als Ausführungen, die mit der tatsächlichen Verfassungs- und Beamtenrechtslage nichts zu tun hätten. Sie seien allenfalls unter einer gewissen Sozialoptik zur Imagepflege verwendbar. Der bayrische Beamtenbund im DBB und der bayrische Richterbund wurden noch deutlicher: "Den Bestrebungen maßgeblicher Politiker der Bonner Regierungsparteien wird entgegengetreten, gesetzlich verankerte Transfer- und Versorgungsansprüche sowie letztlich den gesamten auf den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums beruhenden Status der Reamten und Richter als fragwürdig abzuqualifizieren. Damit wird unter vordergründiger Argumentation ein mit sozialer Demontage verbundener Angriff gegen den gesamten öffentlichen Dienst gestartet und gleichzeitig das grundge-

Reform

setzlich verankerte Berufsbeamtenund Richtertum als Garant und Hüter der freiheitlich demokratischen Rechtsordnung in Frage stellt."

Auch die DGB-Gewerkschaft ÖTV hat inzwischen Kritik an der "Fall-Studie" geübt. Das hört sich dann so an: Die ÖTV weist auf die Notwendigkeit hin, Entscheidungen der autonomen Tarifpartner und der Tarifautonomie zu respektieren." (Flensburger Tageblatt v. 25. 7. 75).

Diese wenigen Beispiele aus jüngster Zeit zeigen m. E., daß es einigen Politikern aller Parteien bisher nicht gelungen ist, sich aus der teilweisen Umklammerung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zu lösen und solchen Reformvorstellungen, wie sie vom DGB vertreten werden, ein für allemal — und nicht nur verbal, sondern in der Praxis — ein hartes und unwiderrufliches Nein entgegenzusetzen.

Es sel hier noch einmal gesagt: Eine Reform des öffentlichen Dienstrechts ist dringend notwendig. Dieses hat nicht zuletzt der Deutsche Beamtenbund erkannt und daher bisher als einzigste Beamtenorganisation einen vollständigen "Vorschlag zur Reform des öffentlichen Dienstrechts" vorgelegt. Diese Reform muß jedoch unabdingbar auf der Grundlage des bewährten Berufsbeamtentums erfolgen. Eine Reform nach den DGB-Vorstellungen käme einem unbegreiflichen verhängnisvollen Rückschritt gleich. Sie würde die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Frage stellen und die Bürger schweren Belastungen aussetzen für den Fall, daß ein Streik ausgerufen würde. Parlamente und Regierungen würden dann zwangsläufig unter der Pression einer Streikdrohung ihre Entscheidungsfreiheit weitgehend einbüßen. Dieses gilt es zu verhindern. Hierzu bedarf es eines geschlossenen Auftretens der gesamten Beamtenschaft ja eines jeden Bür-

Bisher ist es vor allem dem Deutschen Beamtenbund zu verdanken, daß es noch nicht zu der Verwirklichung der DGB-Vorstellungen gekommen ist. Dem zunehmenden Einfluß des "allmächtigen" DGB kann jedoch der Deutsche Beamtenbund auf Dauer nicht widerstehen.

Dienstrechtsreform durch die Hintertür? "Trittbrettfahrer-Gewerkschaften" und "Spitzenorganisationen des 2. Tages" im öffentlichen Dienst laden eine nicht wiedergutzumachende Schuld auf sich

SH 141



zelitschrift der deutschen beamtenbund-jugend schleswig-holstein jahrgang 9 nummer 1/1977

DBB-Presseerklärung: zur jetzigen Beförderungspraxis!

Scharfe Kritik

Scharfe Kritik an der Beförderungspraxis der Landesregierung übte der Pressebeauftragte des DBB-Landesbundes Schleswig-Holstein, Bodo REDLIN, im Pressedienst des Deutschen Beamtenbundes. Von zahlreichen Mitgliegern aufgefordert, bezog der DBB-Landesbund Schleswig-Holstein damit erneut Stellung gegen Verfahren und Inhalt der von der Landesregierung entwickelten Empfehlungen für die Beförderungspraxis im Lande.

Nach den jetzigen Ausführungen Redlins habe die Landesregierung mit der Anwendung der neuen Beförderungsrichtlinien bzw. -empfehlungen innerhalb der Landesverwaltung im wesentlichen genau diejenigen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zusätzlich belastet, die bereits bewertungsmäßig einen Nachholbedarf hätten: Die Beamten des mittieren Dienstes. Einerseits verursachten Personaleinsparungen und Einstellungsstopp eine größere Arbeitsbelastung, andererseits werde durch Stellenplankürzungen und Verlängerung der Beförderungsfristen im besoldungspolitischen Bereich eine finanzielle Schlechterstellung erreicht, die insbesondere im Verhältnis zu vergleichbaren Angestellten des öffentlichen Dienstes und in der Privatwirtschaft deutlich werde. Man treffe unverständlich erweise mal wieder die Beamten mit kleinerem Einkommen besonders hart!

Nachdem die Landesregierung durch die Nicht-Veröffentlichung der neuen Beförderungsrichtlinien und dem "klammheimlichen" Verfahren danach, bereits unnötigerweise für
erhebliche Unruhe unter den Mitarbeitern des öffentlichen
Dienstes gesorgt habe, werde es nach Meinung Redlins
zukünftig zu Resignation und Verdrossenheit bei vielen
betroffenen Mitarbeitern kommen. Zu einer Leistungssteigerung könne eine langfristige, kaum überschaubare Wartezelt keineswegs (ühren

Wie leistungsfeindlich die Verlängerung der Beförderungsfristen geradezu sei, wurde von Bodo Redlin am Beispiel der Landespolizei aufgeführt. Die Mitarbeiter dieses Verwaltungsbereichs hätten, da sie in Schleswig-Holstein immer noch mit ca. 90 Prozent dem mittleren Dienst angehören, mit am stärksten unter den Verschlechterungen zu

tragen. So sei es z. B. bei der Kriminalpolizei in der Regel so, daß der Kriminalobermeister oder auch der Kriminalmeister mit der Besoldungsgruppe A 8 bzw. A 7 als Sachbearbeiter die gleiche Tätigkeit ausübe wie der Kriminaloberkommissar, der dem gehobenen Dienst in der Besoldungsgruppe A 10 angehöre. In der unterschiedlichen Besoldung bei gleichwertiger Tätigkeit habe bisher schon genügend Zündstoff für Unmutshaltungen gelegen, nun komme hinzu, daß der Kriminalobermeister für Jahre (im Schnitt mind. ca. 14 Jahre seit Bef. zum KHW) nicht das Spitzenamt im mittleren Dienst erreichen könne.

Der DBB-Pressebeauftragte forderte die Landesregierung auf, die Beförderungsrichtlinien unter Berücksichtigung der sozialen Belange der Beamten des mittleren Dienstes zu überprüfen und abzuändern. Eine Sanierung des Landeshaushaltes durch den "kleinen Mann" sollte an letzter Stelle der etwalg notwendigen Maßnahmen stehen.

Programm 77	
v. 25. 3. – 27. 3. 77	Mözen / Jugendgruppenleiter- schulung I
v. 4. 4. – 11. 4. 77	Moskau - Sagorsk - Kalinin ca. 700,- DM
August 14 Tage	Prag mit DBB / DStG ca. 600,- DM
September	"stachel"-Weinfahrt
Oktober	Mözen / Jugendgruppenleiter- schulung II
Dezember	Silvesterfahrt

"Die Macher", Ulrich Kolbe (Oberstudiendirektor), Bodo Redlin (Polizeiobermeister), Friedrich Friedrichs (Referent im Innenministerium), im Gespräch mit ... der F.D.P., vertreten durch den Landesvorsitzenden Uwe Ronneburger u. seinen Stellvertreter Neithard Neitzel (Fraktionsvorsitzender)





Deutscher Beamtenbund beim Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg empfing den Deutschen Beamtenbund — Landesbund Schleswig-Holstein —, der durch den Landesvorsitzenden Ulrich Kolbe, den geschf. Landesvorsitzenden Friedrich Friedrichs und den Pressebeauftragten Bodo Redlin vertreten wurde, zu einem aus-führlichen Gedankenaustausch. Im Mittelpunkt der Erörterungen standen die Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst und die Dienstrechtsreform.

Der Ministerpräsident erläuterte nochmals eingehend die Vorstellungen der Landesregierung zu den Einsparungen im öffentlichen Dienst. Demnach werden Einsparungen im Personalbereich nur nach genauester Prüfung in den einzelnen Bereichen und differenziert erfolgen. Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes wiesen eindringlich darauf hin, daß die Landesregierung mit der Unterstützung des DBB rechnen könne, wenn es darum gehe, noch bedrohlichere Situationen für die Bürger unseres Landes abzuwenden. Es wurde dem Ministerpräsidenten jedoch empfohlen, soweit von Personaleinsparungen die Rede ist, zugleich bekanntzugeben, welche Aufgaben des öffentlichen Dienstes entfallen oder rationeller erledigt werden sollen. Dr. Stoltenberg erwiderte, daß die Landesregierung die Konsequenzen verdeutlichen werde, die die Personaleinsparungen - auch für den Bürger - habe.

Bei der Diskussion über die Dienstrechtsreform legte der Ministerpräsident ein klares Bekenntnis für eine Beibehaltung des Berufsbeamtentums ab. Die Ver-treter des Deutschen Beamtenbundes erklärten dabei ausdrücklich, daß sie in der vermehrt zu beobachtenden Besetzung von Beamtenstellen durch Angestellte eine Mißachtung des Verfassungsgebots gem. Artikel 33 (4) GG (Funktionsvorbehalt) sehen. Ministerpräsident Dr. Stoltenberg sagte in diesem Zusammenhang den Vertretern des DBB-Landesbundes zu, daß er der Aufweise chung des Berufsbeamtentums, in welcher Form auch immer, entgegenwirken werde. Dazu müssen nach Ansicht des DBB auch die Mitspracherechte der Spitzenorganisationen der Beamtenverbände, die aus staatsbürgerlicher und beamtenrechtlicher Verantwortung auf Arbeitskämpfe verzichten, ausgebaut werden.

Auch für diese Forderung zeigte der Ministerpräsident Verständnis und erklärte, daß die Landesregierung für eine bundeseinheitliche Regelung in Abstimmung mit dem Bund und den anderen Ländern eintrete.



Von rechts nach links: Friedrichs, Stoltenberg, Kolbe, Bodo Redlin von der PDB

DBB-Landesbund für Verbesserung der Ausbildung des mittleren Dienstes

Nach dem Entschluß der schleswig-holsteinischen Landesregierung, die Fachhoch-schulausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst in Schleswig-Holstein am August 1975 aufzunehmen, womit nach Ansicht des Deutschen Beamtenbundes — Landesbund Schleswig-Holstein -Landesbund Schleswig-Holstein — ein sehr wichtiger Schrift getan wurde, der mit dazu beitragen werde, die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung zu heben, müsse nun auch die Ausbildung der Be-amten des mittleren Dienstes neu gestaltet und entsprechend qualitativ verbessert werden. Dieses erklärte der Pressebeauftragte des DBB-Landesbundes Schlesv Holstein, Bodo Redlin, gestern vor DBB-Mandatsträgern in Kiel. Nach seiner An-sicht müsse hiermit die noch weiter aufklaffende Lücke geschlossen werden, die durch Einführung der Fachhochschulausbildung zwischen dem mittleren und dem gehobenen Dienst hinsichtlich der Ausbildung entstehen werde. Da der DBB-Lan-desbund Schleswig-Holstein keineswegs verkenne, daß eine Realisierung dieses Zieles wegen der derzeitigen Finanzlage des Landes vorerst nicht möglich sein wer-de, erwarte man doch von der schleswigholsteinischen Landesregierung schon jetzt eine Zusage, nach Bewältigung der Haushaltsprobleme eine Verbesserung der Aus-bildung des mittleren Dienstes unverzüglich in Angriff zu nehmen. Wie Redlin wei-ter mitteilte, dürfe man nicht vergessen, daß die Mehrzahl der Beamten in der Re gel dem mittleren Dienst angehöre. Beispielsweise seien im uniformierten Polizei-vollzugsdienst im Bundesdurchschnitt 93 % der Beamten im mittleren Dienst. Wolle man also die öffentliche Verwaltung stärken, werde man nicht an einer angemes-senen Fortbildung des mittleren Dienstes

Wie unzureichend teilweise die gegenwärtige Ausbildung der Beamten im mittleren Dienst unseres Landes ist, wurde von Bodo Redlin, der selbst dem mittleren Polizei-vollzugsdienst angehört, an einem Beispiel erläutert. Demnach ende im Bereich der Landespolizei die geforderte geistige Ausbildung für Beamte des mittleren Dienstes mit der Ablegung einer Fachprüfung, die bereits nach 4—6 Polizeidienstjahren er-folge. Die langen Jahrzehnte des Polizeidienstes, die nun vor ihm lägen, versehe der Beamte routinemäßig und beschränke sich bei seinem Einschreiten auf Fingerspitzengefühl, eigenem angelerntem Wissen, gesundem Menschenverstand und Berufserfahrung.

Daß das hier aufgezeigte Problem durchaus von einigen verantwortlichen Politikern erkannt wird, zeigt ein Antrag, den der Vorsitzende des Bayrischen Landtagsausschusses für den öffentlichen Dienst unter-stützt von Mitgliedern der CSU-Fraktion unter dem 7, 5, 1975 in den Bayrischen Landtag eingebracht hat. Dieser entspricht den Forderungen des DBB-Landesbundes Schleswig-Holstein.

DBB-Aktionen zur Dienstrechts-Reform

Kiel (os) Schutz durch den Dienstherrn gegenüber ungerechtfertigter pauschaler "Beamtenschelte" hat der Deutsche Beamtenbund, Landesbund Schleswig-Holstein, gefordert.

Dieser Punkt gehört zu einem umfangreichen Forderungskatalog, der mit einer Reihe von Aktionen der Offentlichkeit nahegebracht werden soll. Wie die Landesbund-Vertreter Friedrichs und Redlin von Journalisten erläuterten, gehören zu diesen Aktionen insbesondere ein Sonderkongreß mit dem DBB-Bun-desvorsitzenden Krause und etwa 1000 Teilnehmern am 7. März in Kiel sowie ein Landesvertretertag einen Tag später. Ferner soll mit blättern, Thesenheften und Plakaten Aufklärungsarbeit in der Offentlichkeit betrieben werden.

Nach Ansicht des DBB sind Reformen im öffentlichen Dienst anderem Reform des Laufbahnrechts angemessene Bezahlung und gerechte Versorgung, erweiterte Beteiligungs-rechte — dringender denn je, Die Offentlichkeit habe sich an der Diskussion jedoch häufig nur in pau-schaler Verdammung wirklicher und vermeintlicher Fehlentwicklungen beteiligt. Mit seiner Aktion unter dem Motto "Aus Verantwortung für den Bürger - Gerechtigkeit für den öffentlichen Dienst" will der Beamtenbund dieser Situation mit einer breiten Information über den öffentlichen Dienst und über konkrete Vorschläge zur Beseltigung von Mängeln infor-

> Kieler Nachrichten 5.3.1977

Beide Artikel aus "Polizeispiegel" 1976 (links)

Lübecker Nachrichten v. 17.7.75

Beamtenbund für bessere Ausbildung

Die Ausbildung der Beamten des mittleren Dienstes müsse neu gestaltet und qualitativ verbessert werden, er-

schen Beamtenbund, Bodo Redlin, im Pressedienst seiner Organisation in Kiel, Nach seiner Ansicht müsse damit. die noch weiter aufklaffende Lücke geschlossen werden, die durch Ein-führung der Fachhochschulausbildung und qualitativ verbessert werden, er- zwischen dem mittleren und dem ge-klörte der Pressesprecher des Landes- höbenen Dienst in der Ausbildung hundes Schleswig-Holstein im Deut- entstehen werde.

Harte Kritik an der Regierung Stoltenberg

J. Kiel - Der Deutsche Beamtenbund hat scharfe Kritik an der Beförderungspraxis der Landesregierung Schleswig-Holstein geübt. Die Einschränkungen der Beförderungen und die Stellenplankürzungen führen nach Ansicht des Beamtenbundes dazu, daß gerade die Beamten mittleren Dienst zusätzlich belastet werden und weniger Geld bekommen.

Nach Angaben des Beamtenbundes ist es zur Zeit die Regel, daß beispielsweise bei der Kriminalpolizei ein heit führen."

Kriminalobermeister gleiche Tätigkeit ausübt, wie ein Kriminaloberkommissar, aber jetzt jahrelang auf eine Beförderung warten muß.

Der Beamtenbund will es nicht hinnehmen, daß die Sanierung des Landeshaushaltes auf dem Rücken des "kleinen Mannes" ausgetragen wird. Pressesprecher Bodo Redlin: "Allein die Tatsache, daß die Landesbisher regierung dabei klammheimlich' verfahren ist, muß bei den betroffenen Mitarbeitern zu Verdrossen-

Hamburger Morgenpost v. 28.12.1916



Autoren dieser Broschüre



Bäsler, Helmut (DPV), Jahrgang 1929 Beschäftigt bei der Oberpostdirektion Kiel Vorsitzender des Ortsverbandes Kiel des Deutschen Postverban-des (DPV) Mitglied des Personalrates bei der

Oberpostdirektion Kiel Mitalied des Bezirksvorstandes des DPV Kassenwart des DBB-Kreisausschusses Kiel



der Komba

Bullasch, Walter (Komba). Jahrgang 1915 beschäftigt bei der Stadtverwaltung der Hansestadt Lübeck langjähriger ehrenamtlicher Arbeitsrichter beim Arbeitsgericht Lübeck seit 1974 Mitglied des Bundesvorstandes der

Komba stellvertretender Komba-Landesvorsitzender früher Mitglied im Landes-Tarifausschuß

Mitglied der Tarifkommission GtV/GGVöD Mitglied der Tarifkommission DAG/GGVöD/ Marburger Bund

Beisitzer für Arbeitnehmerfragen im DBB-Landesvorstand seit 1974



Fischer, Horst-Dieter (BdL), Jahrgang 1943 Tätig als freigestell-ter Vorsitzender des Personalrates im Innenministerium Schleswig-Holstein Landesvorsitzender des Bundes der Landesbeamten e. V.

Schriftleiter der BdL-Verbandszeitung Redakteur für das Deutsche Beamten-Jahrbuch (Schleswig-Holstein)

Beisitzer im DBB-Landeshauptvorstand



Friedrichs, Friedrich (BdL), Jahrgang 1934 tátig im Innen ministerium SH früher BdL-Kreis-

seit 1972 geschäftsführender Landes-vorsitzender des DBB-Landesbundes

Schleswig-Holstein Mitglied der Kommission für Funktionale Verwaltungsreform auf Bundesebene



Redlin, Bodo (PDB), Jahrgang 1943 Zunächst Beamter der Schutzpolizei, jetzt bei der Kriminalpolizei Mitglied der

Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamten-bund (PDB) langjähriger Kreis-vorsitzender der PDB

it 1974 Pressebeauftragter des DBB-Landesbundes Schleswig-Holstein



Schott, Ruth (VDR), Jahrgang 1932 seit 1958 im Realschuldienst, langjährige Zugehörigkeit zu Schulpflegschaft und Bezirkspersonalrat

seit 1969 Landesreferentin für gesell-

referentin für geseinschafts- und bildungs-politische Aufgaben der Frau im Verband Deutscher Realschullehre (Herausgabe der Broschüre: "Realschulab-schluß — ein Sprungbrett" und Auswertung einer Fragebogenaktion über den berutlichen Verbleib von Realschulabgängerinnen) seit 1971 als Schriftführerin im Bundesvorstand des VDR und Mitglied der Bundesfrauen-vertretung des DBB

seit Dezember 1974 Vorsitzende der Landes-frauenvertretung des DBB-Landesbundes Schleswig-Holstein

seit März 1976 Mitglied der geschäftsführenden Bundesfrauenvertretung des DBB



DBB-Landesvorstand beim Ministerpräsidenten



DBB-Landesvorstand bei Innenminister Rudolf Titzck; unten: Ulrich Kolbe, DBB-Vorsitzender S-H, Alfred Krause, DBB-Bundesvorsitzender, Bodo Redlin u. NDR-Fernsehredakteur Großmann



Kiel (os) Eine Neugestaltung und qualitative Verbesserung der Ausbil-dung der Beamten des mittleren Dienstes hat der Landesbund Schles-wig-Holstein des Deutschen Beam-tenbundes gefordert. Vor Mandais-trägern der Organisation vertrat der Processbauuftragts Bedlin die Antenbundes gefordert. Vor Mandaisträgern der Organisation vertrat der Pressebeauftragte Redlin die Ansicht, durch die Einführung der Fachhochschulensbildung für den gehobenen Dienst werde die Lücke zum mittleren Dienst noch erweitert. Daher sei eine Verbesserung der Ausbildung auch für den mittleren Dienst notwendig. Der Landesbund verkennt nach den Worten Redlins keineswegs, daß eine Realisierung dieses Ziels wegen der Finanziage des Landes vorerst nicht möglich sein wird. Er erwarte von der Landesregierung jedoch schon jetzt eine Zusage, nach Bewältigung der Haushaltsprobleme eine Verbesserung der Ausbildung des mittleren Dienstes unverzüglich in Angriff zu nehmen. Redlin wies darauf hin, daß die Mehrzahl der Beamten dem mittleren Dienst angehöre. So seien beispielsweise im uniformierten Polizeivollzugsdienst im Bundesdurchschniit 93 Prozent der Beamten im mittleren Dienst.

"KN"

FDP und Beamte: Einsparungen im öffentlichen Dienst endlich präzisieren

Kiel (US) Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg sollte nun endlich konkret bekanntgeben, in welchen Bereichen des öffentlichen Dienstes er Personal einsparen will. Dies forderten der Landesvorstand des Deutschen Beamtenbundes (DBB) und Vertreter der FDP-Landtagsfraktion nach einem gemeinsamen Gespräch

Beide Organisationen lehnten laut DBB-Pressemitteilung notwendige Einsparungen in dieseem Bereich nicht ab, warnten aber davor, daß die pauschale und nicht näher pra-zisierte Anklindigung Stoltenbergs Unruhe unter den Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes verbreiten

In dem Gesprüch wandte sich der Beamtenbund unter Leitung seines Landesvorsitzenden Ulrich Kolbe ferner dagegen. Spitzenpositionen im öffentlichen Dienst nur noch auf Zeit zu vergeben. Das von der Verfassung geforderte Lebenszeitverhältnis der Beamten sei für die Kontinutät. Unabhängigkeit und Überparteillichkeit des öffentlichen Dienstes unverziehtbar. Davon dürfe es nur wenige Ausnahmen geben. Auf der inderen Seite betonten die FDP-Landragsabgeordneten Uwe Ronneburger und Neithart Neitzel, über die Jergabe bestimmter Funktionsstellen auf Zeit müsse ernsthaft diskutiert In dem Gespräch wandte sich der auf Zeit müsse ernsthaft diskutiert werden. Eine Politisierung sei aller-fings von der FDP ebensowenig beabsichtigt wie eine generelle Ab-schaffung des Lebenszeit-Prinzips.

Entschieden wandte sich außerdem Entschieden wandte sich außerdem ier Beamtenbund gegen die Einrichung von Arbeitnehmerkammern, wie sie die CDU-Sozialausschüsse in ichieswig-Holstein fordern. Solche Inrichtungen seien überfülssig, da ie entsprechenden Aufgaben bereits en den Gewerkschaften wahrenommen werden. Auch die FDP-/ertreter äußerten Bedenken, heißt in der Presseerklärung. Sie wollen jedoch erst die bereits bestehenlen Arbeitnehmerkammern im Saarand und in Bremen prüfen, um inen etwaigen Nutzen zu erkennen. inen etwaigen Nutzen zu erkennen' Die Folgekosten wären allerdings be-

Kie.er Nachrichten 4.9.75



BUND DER LANDESBEAMTEN SCHLESWIG-HOLSTEIN e. V.

23 KIEL - LERCHENSTRASSE 17 - JAHRGANG 1976

Ministerpräsident Dr. Gerhard Stolten berg empfing im Beisein des Chefs der Staatskanziei, Staatssekretär Poetzsch-Heffter, die Führungsspitze des DBBhenter, die Funrungsspitze des Des Landesbundes Schleswig-Holstein zu ei-nem ausführlichen Gedanken- und Mei-nungsaustausch. Der Deutsche Beam-tenbund war vertreten durch den Lan-desvorsitzenden Ulrich Kolbe, den geschf. Vorsitzenden Friedrich Friedrichs owie den Pressebeauftragten Bodo Red-

DBB-Forderung nach erweiterten Beteiligungsrechten der Gewerkschaften

Der D8B bekräftigte seine Forderung nach einer erweiterten Beteiligung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisatio-nen. Die Vorstellungen des Deutschen Beamtenbundes gehen inhaltlich davon Beamtenbundes gehen inhaltlich davon aus, die Beteiligungspflicht des Dienst-herrn nicht auf die gegenwärtigen ge-setzlichen Regelungen in § 110 Landes-beamtengesetz festgelegten Gesetze und Verordnungen zu beschränken, son-dern alle allgemeingültigen grundsätz-lich Regelungen in das Beteiligungsver-fahren einzubeziehen. Die so erreichte Beteiligung der Snitzengranisstionen in Beteiligung der Spitzenorganisationen in Schleswig-Holstein bei der Herausgabe von Erlassen, Richtlinien pp. trägt nach Meinung des DBB dazu bei, Spannungen abzubauen und Anregungen aus dem Kreis der Mitarbeiter der Gesetzgebung und Regierung zugänglich zu machen. Schleswig-Holstein würde sich damit den Ländern Rheinland-Pfalz, Bayern und Bremen anschließen, die entsprechende Regelungen bereits gesetzlich verankert haben. Dieses Verfahren solle gewissermaßen im Vorgriff auf eine Bundesregelung, die zwar schon in Angriff genommen, jedoch wiederum "ver-schleppt" wurde, eingeführt werden.

schieppt wurde, eingetührt werden. Ministerpräsident Dr. Stoltenberg be-dauerte zunächst, daß die Bemühungen zur Neuregelung der Beteiligungsrechte der Spitzenorganisationen auf Bundes-ebene auch diesmal wieder nicht zu dem von ihm und dem Deutschen Beamen-bund gewünschten Ergebnis geführt ha-ben. Auf den Wunsch des DBB, eine entsprechende Regelung in Schleswig-Holstein vorzuziehen, saute Dr. Stolten-Holstein vorzuziehen, sagte Dr. Stolte berg, daß eine Überprüfung sowie Au

lichen Hand sich mehr auf die rein berufsbezogenen Themenkreise konzen-trieren, während die allgemeinen staatspolitisch und gesellschaftspolitischen Themen, die ohne Zweifel auch für die Erfüllung dienstlicher Aufgaben im öf-fentlichen Dienst von Bedeutung sind, den hierfür vorhandenen freiwilligen Or-ganisationen überlassen bleiben könnte. Hier käme es dann allerdings darauf an, daß sachgerecht Dienstbefreiung erteilt

- 4. Die Teilnahme an Fortbildungsveran-4. Die Teilnarme an Fortbildungsveran-staltungen, die durch den Diensthern selbst durchgeführt werden, sollte zur Pflicht gemacht werden. Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, daß alle Mitarbeiter die Kenntnisse vermittel erhalten, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Eine freiwillige Teilnahme sollte in diesen Fällen nicht mehr möglich sein.
- Die Landesregierung sollte weiterhin prüfen, ob es nicht sinnvoll sei, die Fortbildungsveranstaltungen bestimmter bildungsveranstaltungen bestimmter Einrichtungen grundsätzlich als geeignet anzuerkennen. Auf diese Weise würde die Entscheidung der einzelnen Mitarbei-

wertung der in den genannten Bundes-ländern gemachten Erfahrungen erfol-

DBB für Aufgabenabbau und Rationalisierungsmaßnahmen

Deutscher Beamtenbund beim Ministerpräsidenten

Im Verlauf des weiteren Gesprächs wur de ferner über den Fortschritt der Spar-maßnahmen im Bereich der Landesvermaßnahmen im Bereich der Landesver-waltung diskutiert. Nach Ansicht des DBB-Landesbundes könnte eine deutlich spürbare Entlastung schon dadurch er-zielt werden, wenn neueinzubringende Gesetze daraufhin untersucht werden, welche Sach- und Personalkosten sie erbringen würden. Jedes Mitglied des Kabinetts und letztlich des Landtages müsse von vornherein wissen, welche Belastung bei Verabschiedung auf den Haushalt zukomme. Haushalt zukomme

 Der Deutsche Beamtenbund begrüßt es grundsätzlich, daß die Landesregie-rung Schleswig-Holstein die Bemühun-gen um die Fortbildung der Mitarbeiter verstärkt hat. Er beklagt aber auf der anderen Seite, daß durch die sehr re-striktive Handhabung der Vorschriften

her Dienstelsfeiner und die zu Zusten.

 striktive nandnabung der Vorschriften über Dienstbefreiung und die im Zusam-menhang damit stehenden Unsicherhei-ten von Mitarbeitern in den Personalver-waltungen dazu führen, daß sehr häufig externe Fortbildungsveranstaltungen nicht besucht werden können.

 Nach Auffassung des Deutschen Be-amtenbundes sind neue Überlegungen notwendig, die die Fortbildung in Bezie-hung zur Ausbildung setzen. Die Fortbildung muß künftig als eine Fortsetzung der Ausbildung gesehen werden. Die Fortbildung darf daher künftig nicht zu-



DBB beim Ministerpräsidenten. Von links nach rechts: Geschäftsführender Vorsitzender des DBB Friedrich Friedrichs, Ministerpräsident Dr. Gerhad Stoltenberg, DBB-Landesvorsitzender Ulrich Kolbe, DBB-Pressebeauftragter Bodo Redlin

Wie Ministerpräsident Dr. Gerhard Stol-Wie Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoi-tenberg zu dem Fortschritt der Sparmaß-nahmen erläuterte, seien durch Rationa-lisierungsmaßnahmen, wie z.B. der Zu-sammenlegung von Abteilungen, Refe-raten pp. in den Ministerien oder der Auflösung von kleinen Amtsgerichten kleine Einzelschritte getan worden.

DBB-Forderungen zur Fortbildung

Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes erläuterten den Standpunkt des DBB hierzu wie folgt:

fällig, sondern muß systematisch betrie fällig, sondern muß systematisch betrie-ben werden und immer dort angesetzt werden, wo die Vermittlung zusätzlicher und neuer Kenntnisse für die Erledigung der Dienstgeschäfte notwendig ist. Als Beispiel in diesem Zusammenhang wur-de die Einführung von Vorgesetzten (Be-urteilern) in die Beurteilungsrichtlinien nenannt.

Es erscheint dem Deutschen Beam-tenbund sinnvoll und möglich, daß die Fortbildungsveranstaltungen der öffent-

ter in Personalstellen erheblich erleichtert werden können

Ministerpräsident Dr. Stoltenberg sagte zu, auf der Basis dieser Grundsätze die Frage der Fortbildung im öffentlichen Dienst überprüfen zu lassen. Weitere Einzelheiten sollen in dem Gespräch im Frühjahr nächsten Jahres erörtert wer

DBB verlangt volle Übernahme der Techniker-Stellenschlüssel

Der DBB-Landesvorsitzende Ulrich Kolbe forderte dazu auf, in Schleswig-Holstein endlich auch die bereits auf Bundesebe-ne wirksame Neufassung der Rechtsver-ordnung zu § 5 Abs. 6 Satz 3 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 30.4.1974 nachzuvollziehen. Nach den Feststellungen des dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Bundes der techni-schen Beamten haben nunmehr auch noch die fehlenden Bundesländer die verbesserten Stellenpläne ausgewiesen. Als einzige Ausnahme sei das Bundesland Schleswig-Holstein festzustellen.

Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes wiesen darauf hin, daß es für die Mitarbeiter im technischen Bereich der Landesverwaltung Schleswig-Holstein schwer verständlich sei, daß die Realisierung in Schleswig-Holstein sich so sehr verzögere. Es führe zu einer Verärgerung bei den Mitarbeitern, weil es seltsam anmutet, daß auf der einen Seite die Landesregierung der Einführung eines verbesserten Stellenschlüssels auf Bundesebene zustimmt und auf der an-deren Seite die Konsequenzen für den Bereich in Schleswig-Holstein nicht voll-zogen werden. Diese Situation wird zusätzlich noch dadurch verschärft, daß bei einer Reihe von Verwaltungen bereits im Jahre 1974/1975 entsprechende Regelungen eingeführt wurden.

Ministerpräsident Dr. Stoltenberg nahm die Ausführungen zur Kenntnis und sagte zu, daß in Schleswig-Holstein die Möglichkeiten einer eiligen Anpassung des Stellenschlüssels geprüft werden solle, sofern die geschilderte Situation in anderen Bundesländern sich bestätige.

Weitere Gesprächspunkte waren das "Aktionsprogramm" der Bundesregie-rung zur Reform des öffentlichen Dienstrechts, die Beförderungspraxis und die Privatisierung von öffentlichen Leistun-

vorsitzenden K.H. Baetge (GtV im DBB) und vom stellv. Vor-sitzenden Horst Zies unterzeichnet worden ist. Die Verein-barung bedeutet, daß in der Vergütungsrunde 1977 - falls er-forderlich - schon ein Schlichtungsverfahren durchgoführt werden könnte.

Bodo Redlin, Pressebeauftregter des DBB-Landesbundes Schleswig-Holstein, wird nach dem Landesvertretertag am 8.März 1977 seine Funktion auf eigenem Wunsch nicht weiter ausüben. Die Nachfolgefrage steht noch aus. Der DBB-Landesvorstand nimmt Vorschläge entgegen.

Na, unimed down ? Ausschnitt aus der Mitgliederinformation "DBB-Report"

Presse-Spiegel

andesbund Schleswig - Ho

Kiel, den 9. Mürz 1977

Bekenntnis zum Berufsbeamtentum

Amsprache Brauns auf dem Landesvertretertag des Besmtenbundes - Kolbe wiedergewählt

Dienstrechts-Reform

Beamtenbund bekräftigt Sieben-Prozent-Forderung

Vor den Landervertvetering des Pennemberscheiden beiden Jahr Motter der Allgemeinen Dieben Jahr Motter der Allgemeinen Dieben Jahr Motter der Allgemeinen Dieben meines Brunn geränn im Kind die Des Bernichtschaften zu vorlichgebilden nachte Brunn geränn im Kind die Des Belindes der Schausen Belinde der Schausen der S

Georgie unter diesen Cosichispunkt Zum Abschiub seiner Derstungen Malerte der Bundervossitzende der bestätigte der Vertreitering zeine Von-santenbunden, Krause, den Taufich- standingsitze für wettere vom Jahre.

Verantwortlich: Bodo Redlin, Pressebesuftregter des DBB-Landesbundes SB

DBB-Report

Presseerklärung:

Kiel. Februar 1977

Deutscher Beamtenbund tagt in Kiel

Zu Beratungen über aktuelle und grundsätzliche Fragen des Offentlichen Dienstes werden Landeshauptvorstand und Landesvertretertag des Deutschen Beamtenbundes - Landesbund Schleswig-Holstein - am 7. und 8. MWrz 1977 in Kiel zusammentreten. Höhepunkt der Tagungstage wird der DBB-Sonderkongres '77 am 7. Marz 1977 im "Kieler Schlos" sein. Außer dem DBB-Landesvorsitzenden Ulrich KOLBE wird der DBB-Bundesvorsitzende Alfred KRAUSE unter dem Leitthema "Aus Verantwortung für den Bürger - Gerechtigkeit für den öffentlichen Dienst" zu über 1000 Delegierten aus allen öffentlichen Dienstbereichen Schleswig-Holsteins sprechen.

Der DBB-Landesbund Schleswig-Holstein, der rund 32 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes vertritt, die in 31 Fachverbänden organisiert sind, sieht die besondere Aufgabe dieses Sonderkongresses darin, die berechtigten Forderungen der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu formulieren und nachdrücklich den verantwortlichen Parlamentariern und den Mitbürgern darzustellen. Die Delegierten werden ihre Forderungen durch die Verabschiedung einer Resolution verdeutlichen. Der DBB-Landesvorstand hat seine Forderungen zu dem Leitthema bereits in einem Thesenheft präzisiert. Forderungen zur Dienstrechtsreform und zur Punktionalen Verwaltungsreform stehen im

Der DBB-Landeshauptvorstand wird sich am 7. März hauptsächlich mit dem Entwurf eines Gemetzes über die Einrichtung von

Informationsdienst des DBB-Landesbundes Schleswig-Holstein

Deutscher Beamtenbund

die Journalisten der Landespressekonferenz

in Kiel

Pebruar 1977

Sehr geehrte Dumen und Herren.

su eingehenden Beratungen über aktuelle und grundsätzliche Fragen des öffentlichen Dienstes sowie zur Vehl des gesanten Landeevorstandes werden die Fihrungsgrenien des Deutschen Beantenbundes - Landesbund Schleswig-Wolstein - am 7. und 8. März 1927 im Kiel sussmentrates.

Cher einige Beratungsthesen des Landesvertretertages und der Landeshauptvorstandssitzung zowie über die Bedeutung des BBB-Sonderkongresses '77 möchten wir Sie schon jetzt mit dem anliegenden "BBB-Report" informieren.

Zu Threr weiteren Information laden wir Sie zu folgenden Preesekonferenzen ein:

1. 4. Mars 1977, 10.00 War, im Hotel "Conti-Hanga"

7. Märs 1977, 17.00 Uhr, in "Kieler Schlod" - Aufenthaltsreum der Künstler - mit dem DBB-Bundesvorsttzenden Alfred Kraus

5. 8. Mirs 1977, 15.00 Thr, in "Kieler Schlos" - Kleines Poyer -

Ferner dürfen wir Sie recht heralich zum DBB-Sonderkongreß '77 am 7. Mirs 1977, 15.00 Uhr, im "Kieler Schloß" - Konzerteanl einladen.

> Mit freundlichen Grüßen Book Orell-

Pressebeauftragter

Technische Hinweise

Termin:

4. Mars 1977, 10.00 the Pressekonferens im Hotel "Conti-Hansa" 7. Mirs 1977, 09.30 Uhr

Sitzung des Landeshauptvor-standes des DEB-Landesbundes im Hotel "Conti-Hansa"

7. Märs 1977, 15.00 Uhr DBB-Sonderkongreß '77 mit Alfred Krause im "Kieler Schloß" 7. März 1977, 17.00 Uhr

Pressekonferenz mit Alfred Krause im "Kieler Schloß" - Aufenthalts-raum der Künstler -8. Mars 1977, 09.00 Uhr DBB-Landesvertretertag im "Kieler Schloff"

8. März 1977, 13.00 Uhr Pressekonferenz im Kieler Schloß - Kleines Foyer -

Hotel "Conti-Hansa", Schlofigarten 7, 2300 Kiel,

"Kieler Schloß", Eggerstedtetr., 2300 Kiel, Tel.: 0431/94055

Die Beratungen der Vorstandsgremien sind nichtöffentlich. Die Teilnahme am DBB-Sonderkongreß '77 ist für Journalisten möglich.

DBB-Bundesvorsitsender

Vorsitzender des DSB-Landes-bundes Schleswig-Holstein Geschf. Vorsitzender des DBB-Landesbundes Schleswig-Holstein Pressebeauftragter des DBB-Landesbundes Schleswig-Holstein

Alfred Krause Ulrich Kolbe

Friedrich Friedrichs

Bodo Redlin

Arbeitskammern, der dem DBB-Landesbund durch den Sozialminister des Landes Schleswig-Holstein zur Stellungnahme zugegangen ist, beschäftigen.

Der Landesvertretertag, das oberste Organ des DBB-Landesbundes, wird sich in seinen Beratungen außer der Neuwahl des gesamten Landesvorstandes u.a. mit der Situation und Ausbildung des mittleren Dienstes in der Landesverwaltung, der Forderung nach einer langfristigen Personalbedarfsplanung des Landes, der Forderung nach Umsetzung des Hochschulrahmengesetzes in das Landesrecht, der Novellierung der schleswig-holsteinischen Laufbahnverordnung und mit Fragen des Personalvertretungsgesetzes befassen.

Letzte Aktion und Abschied beim DBB



Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Schleswig-Holstein

Kiel, den 22. Juni 1978

Sebr geebrte Dauen und Herren.

der Bund Deutscher Kriminalbesmier - Landesverband Schleswig-Holstein - bemüht sich seit jeher um einen guten Kontakt um den Medien. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Um die BDK-Pressearbeit noch zu intensivieren und vor allem Thnen einen ständigen Ansprechpartner zu geben, wurde in unserem Verband die Funktion eines Pressebeauftrugten geschaffen. Ich nöchte Ihnen hiermit sur Kenntnis bringen, daß der Lendesmitgliedertag 1978 den Kollegen Bodo REDLIN aus Preets sum Sprecher unseres Verbandos gewählt hat.

Ich hoffe, daS es su einer guten Zusenmenerbeit kommt.

Sie wrreichen den Pressebeauftragten unter folgender Anschrift:

> Bodo REDLIN - BDE-Geschäftsstelle -Blanchetr. 2 - 45

2300 Etel 1

Tel.: 0431/51173256 (EUroseit) ab 14.8.78: 0431/5983256 (Bürozeit) Tel.: 04342/6403 (privat).

Mit freundlichen Grüßen

- Roland Stumpf -Landesvorsitzender

Bei der Aufklärungsquote unrühmliches Schlußlicht

Kripo-Beamte fordern Personalverstärkung

Kiel (Ino) Der schleswig-halsteinische Landesverband des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hat in Kiel seine Forderung nach "drastischer Personal-

verstärkung" bekräftigt. Der BDK-Landusverband reagierte damit auf die Kriminalstatistik für 1977, die das Bundeskriminalamt erstellt hat und in Bonn vom Bundesinnenministerium vorgelegt wurde. Danach sei die Kriminalität 1977 im Vergleich zum Vorjahr im Bundesdurchschnitt um 7.3 Prozent gestiegen, für Schleswig-Holstein müsse "mit Erschrecken" sogar eine Steigerungsquote von 11 Prozent festgestellt werden.

Die Aufklärungsquote sei im Bundesdurchschnitt von 45,9 Prozent im Jahre 1976 um 1,1 Prozent auf 44,8 Prozent im Jahre 1977 zurückgegangen. "Mit einer Abnahme der Aufklärungsquote um 2,4 Prazent nimmt Schleswig-Holstein einen unrühmlichen letzten Platz unter den Flächenländern ein", heißt es

in der Stellungnahme. Total gesehen schneide lediglich Bromon mit einer Abnahme von 3,5 Prozent schlechter ab.

Duraus ergebe sich die Forderung nach drastischer Personalverstärkung, ohne die die Kriminalpolizei nicht in der Laga sei, ihren bisherigen Leistungsstand zu halten. Die Personalentwicklung der letzten Jahre sei aber vor allem in Schleswig-Holstein weit hinter der Kriminalitätsentwicklung zurückgeblieben. 1971, 1975, 1976 und 1977 seien im nördlichsten Bundesland Personalverstärkungen gar völlig ausgeblieben. Auch die für 1979 vorgesehenen 40 Stellen können nach Ansicht des BDK "kaum eine spürbare Verbesserung bewirken".

Schleswig-holsteinische Landeszeitung v.

21.9.1978

Die Kripo ist sauer

Ungerechtigkeiten bei der Bezahlung

J. Kiel - In den Amtsstuben Kripo herrscht die Unzufrieden- knapp 700 Kriminalbeamten im heit, denn dort wird für gleiche Lande. Sie wollen deshalb jetzt Arbeit nicht das gleiche Geld nicht nur gegen ihre "Kunden" verdient. Die Einkommensunter- kampfen, sondern auch gegen Inschiede zwischen einem Krimi- nenmmester Titzek, dem sie Vernalmeister und einem Kriminal- letzung der Fürsorgepflicht vorkommissar können mehrere hun- werfen. Eine Initiativgruppe des dert Mark betragen.

schleswig-holsteinischen tigkeit sind rund 60 Prozent der Kampforganisieren. Bandes der

Betroffen von dieser Ungerech- Schleswig-Holsteins will diesen

Ihr Sprecher Bodo Redlin: "Die starre Haltung der Landesregierung ist unsozial, enttäuschend und wertet unsere Arbeit ab. Uns bleibt gar nichts anders übrig, als auf die Straße zu gehen." Einen Streik schließen die Kriminalbeamten Beamten noch aus.

Protest der Kriminalbeamten

Die seit Jahren gärende Unzufrieden- minalistenverbandes. heit und Verbitterung unter den Kri-In Kiel bildete sich eine "Initiativ-

In einer spannungsgeledenen Atmoshäre beschlossen Kriminalbeamte des mittleren Dienstes "angesichts der tung der Kriminalpolizei". Der Kieler gefordert, für eine gerechte Bewer- gen zu erinnern. tung des suchbearbeitenden Dienstes nachdrücklich einzutreten und deshalb die zweigeteilte Laufbahn auch endlich bei der Kriminalpolitzei in Schleswig-Holstein (wie bereits beim Bundeskriminslamt und in Berlin eeschehen) zu verwirklichen.

Wie der Pressebeauftragte des Kri-

mitteilte, prangere die Initiativgruppe minalbeamten im Schleswig-Holstein insbesondere an, daß von einer Fürhat einen neuen Höhepunkt erreicht, sorgepflicht des Dienstherren (CDU-Landesregierung) nichts mehr zu spügruppe Zweigeteilte Laufbahn im ren sei "Die starre Haltung der Kieler Regiorung ist unsozial, entrauschend und eine Politik zur Abwerpermanenten Unterbewertung ihrer Innenminister Rudolf Titzek (CDU) Tätigkeit" Initiativen zur Erreichung wurde aufgefordert, sich an frühere thres Ziels. Die Politiker wurden auf- und z. T. schon sechs Jahre alte Zusa-

> Flensborg Avisl Sidsell Himatziitung V. 13.10.78

Aus dem Protokoll der neugegründeten Initiativgruppe

- 2. Der Kollege Belitz schlug jetzt vor, sich innerhalb der Initiativgruppe verantwortliche Leute zu wählen, die die sentrale Leitung und die Koordination übermehmen sollten. Der Kollege Hollstein schlug vor, den Kollegen Bolitz aus Kiel sowie die Kollegen Redlin und Lorenzen als verantwortliche Ansprechpartner einzusetzen, wobei der Kollege Belitz als Hauptverantwortlicher anzusehen ist. Der Kollege Fischer aus Lübeck schlug als Vertreter für den Fall, daß der Kollege Belitz gewählt wird, den Kollegen Hartleben aus Lübeck vor. Bei der offenen Abstimmung wurden folgende Personen gewählt:
 - Vorsitzender:
 - 2. Vorsitsender u. Stellvertreter :
 - 2. Vorsitzender u. Stellvertreter : Schriftführer:

Kollege Belitz, KD Mitte in Kiel Tel.: 0431/5983204 Kollege Hartleben , KD Süd Lübeck, Tel.: 0451/71111 Kollege Redlin, KD Mitte in Kiel. Tel.: 0431/5983256 Kollege Lorenzen, KD Mitte in K.el.

Als Schriftführer war weiterhin von dem Kollegen Redlin der Kollege Hollstein, KD Mitte, vorgeschlagen worden, der es jedoch ablehnte, weil er bereits Schriftführer beim geschäftsführenden Landesvorstand ist.

Tel.: 0431/5983127

Die Wahl des Kollegen Belitz erfolgte einstimmig; die Wahl des Kollogen Martleben erfolgte mit einer Stimmenthaltung, wobei der Kollege Pischer erklärte, daß sich der Kollege Hartleben im voreus mit einer Wahl einverstanden erklärt hatte. Die Wahl des Kollegen Redlin erfolgte mit einer Stimmenthaltung; die Wahl des Kollegen Lorenzen erfolgte mit einer Stimmenthaltung und einer Gegenstimme.

3. Als nächster Tegesordnungspunkt wurde darüber beraten, wo die nächste Zusammenkunft stattfinden soll. Der Kollege Asnuss schlug Neumünster als nächsten Beratungsort vor. Von der Kollegen Hollstein wurde ein Zeitraum zwischen den einzelnen Treffpunkten von jeweils vier Wochen vorgeschlagen.

BDK strebt eine eigene Vertretung an

ft. Kiel. Eine gesetzliche Absteherung für eine eigenstandige Vertreiung der Kri-minalbeamten im Hauptpersonalrat der Landespolizei Schleswig-Holstein strebt der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) an. Auf seiner Landesvorstandssitzung in Kiel sprach sich der Kriminali-stenverband für eine entsprechende Andedes Personalvertretungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein aus und kün-digte dahingehende Initiativen im politi-schen Raum an. Der Beruf der Polizei wird vom BDK als so vielschichtig angesehen, daß er nicht glaubt, daß Kriminalisten Schutzpolizisten vertreten könnten — oder umgekehrt. Eine sach- und fachfremde Interessenvertretung könne auch nicht im Sinne des Gesetzgebers gewesen sein. Die rund 740 Kriminalbeamten des Landes ha-ben zur Zeit einen von neun Beamtensit-zen im Hauptpersonalrat der Landespolizei inne. BDK-Spitzenkandidat für die im Frühjahr 1979 stattfindenden Personalrats-wahlen wird der Pressebeauftragta des Landesverbandes, Bodo Redlin aus Kiel.

and Deutscher Arisinalbosster

Kiel, den 5.0ktober 1978

RESCLUTION

Die politischen Repräsentanten unseres Landes werden nachdrück-

- für die gerechte Bewertung des sachbearbeitenden Dienstos bei der Kriminalpolizei einzutreten und

- 2 -

- die zweiseteilte Laufbahn auch bei der Kriminalpolizei in Schleswig-Holstein zu verwirklichen.

Vor 10 Jahren fend eich eine große Anzahl von unzufriedenen Krisinalbeamten zuswissen und gründete den Bund Deutscher Kriminalbeauter, der in der Zwischenzeit bundesweit Ansehen

Den berechtigten Forderungen auf eine gerechte Bewertung des Sachbearbeiters bei der Kriminalpolizei konnten sich veruntwortungsbewußte Politiker nicht verschließen. Diese Forderungen wurden bisher teilweise erfüllt. Kriminalbeamte, die immerhalb einer fünf annesfrigt die folgussetsussen erfüllten. wurden teilweise leargangsmißig in de gehobenen Dienst übergeleitet. Die übrisen Friminalbeamt mulieben im mittleren

Daß die Porderungen des ROK nicht aus der Laft gegriffen und überzogen waren, bestätigte der Innanminister 1972 in seiner sogenannten "itzehoer Erklärung", als er die überwiegender Estigkeiten des Kristnelbesoten dem gehobenen Dienst goord-

Die Bachbearbeiter im mittleren Dienst bei der Kriminalpolizei in Schleswig-Holstein sind äußerst unzuhrleden und fordern ihren Dienstherrn zur Kinlösung seines Versprechens auf.

Zwischen Kripo und Schupo "funktionale Integration"

BDK preist Schleswig-Holstein-Modell als Ideallösung

Kiel (HJM) In die Diskussion um Organisationsformen und Zu-ständigkeiten der Polizei hat der Bund Deutscher Kriminalbeamter in Schleswig-Holstein eingegriffen mit einem dicken Lob.

Die Organisationsform der Lan-despolizei schaffe klare Zuständigkelten und reiche nahezu an eine Ideallösung heran, heißt es in einer Mitteilung des Pressesprechers Bodo Redlin. Vorausgegangen war eine außerordentliche Landesvorstandssitzung.

Dank der klaren Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Schutz- und Kriminalpolizei könne es zu keinerlei Kompetenzrangeleien kommen. Es werden stets dem Bereich die Kräfte unterstellt, der für das zu verfolgende Delikt sachlich zuständig sei. Dieses Prinzip habe sich seit Jahren bewährt.

Der Kriminalistenverband informierte, die Organisationsform der Landespolizei Schleswig-Holstein werde als "vorbildliches Modell der funktionalen Integration" dem Bundesdelegiertentag des BDK Ende

September in Bonn vorgestellt.

Eine weitere Schlußfolgerung:
Wenn es zu einer längst überfälligen bundeseinheitlichen Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Schutz-und Kriminalpolizei komme, müsse das schleswig-holsteinische Beispiel als Grundkonzept dienen. Der Landesvorsitzende des BDK, Roland Stumpf, der vor harter Kritik nicht zurückscheut, wenn es um mehr Planstellen geht, lobt in diesem Fall Landesinnenminister Titzek. Man sei dankbar, daß der Minister die Notwendigkeit der klaren Zuständigkeitsregelung voll erkannt habe und dran festhalten wolle.

Kieler Nachrichten v. 13.9.1978



Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Schleswig-Holstein Initiativgruppe Zweigeteilte Laufbahn -



Die Kriminalität bedroht LEBEN und GESUNDHEIT, FREIHEIT und EIGENTUM! Wir, die Kriminalbeamten dieses Landes, hoffen, daß Sie unser Wunsch noch rechtzeitig erreicht, denn wußten Sie, daß

- die schleswig-holsteinische Bevölkerung im Vergleich zu der Bevöl-kerung in allen anderen Flächenländern der Bundesrepublik Deutsch-land am meisten durch Straftaten gefährdet ist ?
- die Kriminalität im Jahr 1977 im Vergleich zum Vorjahr im Bundes-durchschnitt nur um 7,3 % gestiegen ist, in Schleswig-Holstein je-doch um bedrohliche 11 % ?
- die Zahl der bekanntgewordenen Straftaten in Schleswig-Holstein im Jahr 1977 gegenüber dem Jahr 1957 um ca. 160 % gestigen ist ?
- 🖿 die Zahl der unaufgeklärten Taten analog gar um ca. 450 % ?

Schleswig-Holstein unter den Flächenländern 1977 mit einer Aufklä-rungsquote von nur 41,1 x den letzten Platz einnimmt? Tulir fünden diese Zohlen erschreckend.

So ocht es wicht weiter!

- Die Kriminalpolizei dieses Landes benötigt in den nächsten Jahren mehrere hundert Planstellen nur um den weiteren Anstieg der Kri-minalität aufzufangen.
- Die Leistungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Kriminalbeamten dieses Landes läßt nach, denn sie ist eng mit der Vorenthaltung einer gerechten Bewertung der Kriminalpolizei verbunden. Die Stimmung unter der Mehrzahl der Kriminalbeamten reicht von Verärgerung. Verbitterung bis hin zur Resignation. Das ist einer optimalen Kriminalitätsbekämpfung nicht förderlich.

Der BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER, der über 80 % der Kriminalisten in Schleswig-Holstein vertritt, hat seit Jahren auf die schlimmsten Mißverhältnisse in der Kriminalpolizei hingewiesen. Die Probleme sind der Landesregierung und dem Parlament hinreichend bekannt. Dennoch:

b.w.

schäftsstelle: 23 Kiel, Blumenstraße 2-4 - Postfach 1633 - Bankkonto: Beamtenbank Kiel 1555

Seit Jahren bleiben Personalverstärkungen im Bereich der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung fast völlig aus. Im Haushalt 1979 wurden endlich bescheidene 40 Planstellen bewilligt, die jedoch fast wirkungslos im Kriminalitätsraum "verpuffen" werden. Die Frage der gerechten Bewertung und Einstufung der Kripo wird von der schleswig-holsteinischen Landesregierung verschleppt, ignoriert und bagatellisiert; wir halten das für unsozial, enttäuschend und sehen darin eine Politik der Abwertung der Kriminalpolizei.

Die TKripo ist Sauer

Die TKripo ist Sauer

Wir Kriminalisten lassen uns nicht verdummen. Wir fordern:

- Oberführung aller Kriminalbeamten in den gehobenen bzw. höheren Dienst, wie es z.B. schon beim Bundeskriminalamt und in Berlin geschehen ist, also eine gerechte Bewertung der Kriminalpolizei. Konkret: Einführung der "Zweigeteilten Laufbahn", d.h. eine Gliederung in sachbearbeitende und leitende Tätigkeit. Das bedeutet: Die Mehrzahl der schleswig-holsteinischen Kriminalbeamten, die sich jetzt noch im mittleren Dienst befinden (62 %), müssen in den gehobenen Dienst überführt werden, da sie ohnehin anerkanntermaßen die gleichen Tätigkeiten ausführen wie ihre schon dort eingestuften Kollegen: also:

GLEICHE BEWERTUNG FUR GLEICHE ARBEIT!

Wir sagen es deutlich:

Für diese Forderungen kämpfen wir. Wir bitten um Ihre Unterstützung. denn die erschreckende Kriminalitätslage in Schleswig-Holstein geht zu Ihren Lasten, liebe Mitbürger. Eine nicht gewährleistete Innere Sicherheit bedeutet Gefahr für Ihr LEBEN, Ihre GESUNDHEIT, FREIHEIT und Ihr EIGENTUM.

Wir, die Kriminalisten dieses Landes, werden das nicht zulassen. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten nicht nachlassen, die dringensten Probleme der Kriminalitätsbekämpfung aufzuzeigen. Zeigen Sie im eigenen Interesse Solidarität!

Sprechen Sie mit den Politikern, die in nächster Zeit um Ihr Vertrauen werben, <u>denn</u> die Landtagswahlen stehen in Schleswig-Holstein vor der Tür! Denken Sie dann an diese Information. Seien Sie kritisch! Achten Sie einmal darauf, wer die Worte "Imnere Sicherheit" am häufigsten in den Mund nimmt; fragen Sie dann wie es darum steht.

Der Vorstand der "Initiativgruppe Zweigeteilte Laufbahn im BDK"

gez. Redlin gez. Lorenzen

Initiativgruppe bei Kripo: "So geht es nicht weiter!"

Auf Flugblättern "mehrere hundert Planstellen" verlangt

Kiel (pem-) Mit Schlagworten wie "So geht es nicht weiter!" und "Die Kripo ist sauer" macht jetzt eine Initiativgruppe des Landesverbandes Schleswig-Holstein im Bund Deutscher Kriminalbeamter in Flugblättern an die Bürger des Landes auf eine Reihe von Forderungen auf-

Mit dem Hinweis auf "Tausende von Überstunden" verlangt die In-itiativgruppe "in den nächsten Jah-ren mehrere hundert Planstellen ren menerer nindert Fransierien – nur un den weiteren Anstieg der Kriminalität aufzufangen". Allein bis 1982 fordern die Kriminalbeam-ten der Infliativgruppe mindestens 300 Kriminalbeamte und 30 Ange-Kriminateening und 30 Ange-stellte mehr. Schließlich sollen alle Kripo-Beamten in den gehobenen hzw. höheren Dienst übergeführt werden, wie es schon beim Bundes-leinlichte bestellt. kriminalant und in Berlin gesche-hen sel. Konkret: Eine Gliederung in sachbearbeitende und leitende Tä-ligkeit ("zweigeleite Laufbahn").

Die Konsequenz dieser Forderung: Die schleswig-holsteinischen Krimi-nalbsamten, die sich jetzt noch im mittleren Dienst befinden - das sind nach Angaben der Gruppe 63 Prozent — sie müßten in den gehobenen Dienst eingestuft werden, "da sie oh-nehin anerkanntermaßen die gleichen Tätigkeiten ausführen, wie ihre schon dort eingestuften Kollegen". Ihre Forderungen bringen die Kri-minalbeamten auf die Kurzformel: Gleiche Bewertung für gleiche Arbeit".

Die Initiativgruppe weist in ihrem Flugblatt darauf hin, daß die schleswig-holsteinische Bevölkerung im Vergleich zu der Bevölkerung in den anderen Flächenländern der Butternachtliche meisten geföhliche desrepublik am meisten gefährdet sei. Die Zuhl der bekanntgewordenen Straftaten im Lande sei im Jahr 1977 gegenüber 1957 um 160 Prozent ge-stiegen, die Zahl der unaufgeklärten Straftaten gar um etwa 450 Prozent. Unter den Flächenländern nehme Chter den Fischenlandern nehme Schleswig-Liolstein bei der Aufklä-rungsquote mit 41,1 Prozent den letzten Platz ein. Obwohl diese "Alißwerhältmisse" bekannt seien, bötten Landesregierung und Landtag seit Jahren auf Personalverstärkungen im Bereich der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung "(ast vö)

Zest-Medianacionmique entité des inneres némechalitiques principes témpostre de infinite de la faction de la company de la compa

Im Blickpunkt:

Bürgerangst durch Kripobeamte

Gewerkschafts- und Verbandsarbeit ist heute etwas ganz Normales. Auch wenn es um Forderungen geht, die - das liegt an den unterschiedlichen Interesserlagen --nicht immer ainheitlich beurtelit werden und im Ergebnis meistens auf den Kompromiß eingestellt sind. Solange die gegenseitige Argumentation im sachbezogenen Rohmen bleibt, gehört dies zum Alltagsgeschäft der Gewerkschaftsund Varbandsfunktionäre. Aus der Reihe tanzt hier der Bund Deutscher Kriminalbeamter, der schon seit geraumer Zeit auf die Pauke haut, um Forderungen durchzusetzen. Jetzt schießt eine "Initiativgruppe" des BDK-Landesverbandes gar weit übers Ziel hinaus. In einem Rundbrief an "liebe Mitbürger" wird der Versuch unternommen, durch sehr plakative Kriminalitäts- und Aufklörungszahlen sowie Interpretationen eben diese "lieben Mitbürger" zu

verunsichern, um auf dieser Basis ein geeignetes Klima zu schaffen letztlich für eigene materielle Vorteile durch Besoldung und Beförde Jungen.

Dies miteinander zu verquicken, muß zumindest auf Unverständnis stoßen. Es ist legitim, Verbands-interessen zu vertreten. Sie mögen berechtigt oder, wie zum Teil hier. überzogen sein, weil zur Erfüllung der Forderungen immer noch ein Partner gehärt, der jo dazu sagt. Aber es beginnt unserios zu werden, wenn hier ausgerechnet von Kripobeamten Bürgerangst erzeugt wird, um sie als Druckmittel für eigene Ziele auszunutzen. Die wesentlichste Gewerkschaft für die Landespolizer, die GdP, die wahr-lich auch ihre Sorgen und berechtigten Forderungen hat, würde zu solchen Mitteln nicht greifen. Sie kämpft mit sachlichen Argumen-HANS-JURGEN MEYN

Виштирова у сили до сечно вои постанования в представа и постанова и се в постанова и постанова и прид



Bund Deutscher Kriminalbeamter Lande sverband Schleswig-Holstein

Ausgabe Nr. 2/1978 11.10.1978 - 11.12.1978

Verantwortlich:

Rado Redlin Pressebeauftranter

Unmut bei den Kriminalbeamten

Gespräch mit der Verbandsspitze: "Nach wie vor hoffnungslos unterbesetzt"

K1e1 (HJM) Der Bund Deutscher Kriminalbeamere besteht heute zehn Jahre. Ein Grund zum Felern, aber die Stimmung ist gegenwärtig nicht so recht danneh, wenn man Gesprä-che mit der Verbandsspitze richtig deutet. Der positiven Bilanz, auf einen Organisationsgrad der Kripo-beamten im BDK van 90 Prozent zu-zumarschieden, und der berechtigten Aussicht, in vier, fünf Jahren 109 Prozent zu erreichen, stehen aus der Sicht dieses Berufsverbandes unge-löste Probleme gegenüber. Sie sind mit den Stichworten zu beschreiben: Kiel (HJM) Der Bund Deutscher löste Probleme gegentoner. Sie sam mit den Stichworten zu beschreiben: Mehr Stellen, gerechtere Bewertung, zweigeteilte Laufbahn. Und zu allem Überfluß hat jetzt auch noch das Flugblatt einer Initiativgruppe des BDK für kontroverse Diskussionen

BDK für kontroverse Diskussionen gesorgt. Wir berichteten darüber. Eine Gesoriebsrunde mit dem BDK-Landesvorsitzenaden Roland Stumpf, seinem Stelivertreter Ulli Tolkmitt um dem Pressebauftragten Beao Redlin macht deutlich: Beweg-gründe, Standpunkts, Vorstellungen, Zukunft, nerzuektive. perspektiven

Roland Stumpf steckte den Rahmen

Wir finklen uns als einzuge kons-petente Sprecher der Krimmslipoli-zei in Schiese ig-Holstein.

zei in Schlicke ig-Holstein.

• Trotz der Eglenständigkeit sind wir nicht Gegner des Landespolizeigedankens. Für uns ist das eine klare Sache, denn wir sind aufelnander in die eine Zu-Sache, denn wir sind aufelnander angewiesen (Damit ist die enge Zuminionarbeit von Kripo is chuspoliari geneint.)

• Die Arbeit diktiert uns der Ve

brocher, der Stroftster, Und der be-

brecher, der Stroftüter, Und der betroftent Sürger verlangt unseren Einsatz – ausgehend, präzise, mögtenst erfolgreich.

• Fuzit Wir haben sozusagen immer "Geschäftsreit", und das bei steigenden Krunnallistisahten, eitem wachsender Arbeitsbehastung, aber letztlich weniger Leute "an der Front", weil zisatzliche Aufgaben personell aus der Substanz besetzt worden sind.

• Wir sind keine Leute aus "Utopia", wenn es um notwendige Veränderungen und Verbesertungen geht Auch wenn uns der Subna in mehre-

Anderungen und Verbeserungen geht.
Auch wenn uns der Schuh an mehreren Stellen drückt, wir wollen nichts
übers Knie brechen...
Und um dieses "Drücken" wegzubelemmen darum geht es in den Gespielichen und Verhandlungen mit
den Frahtlemen des Landlugs mit
den Frahtlemen des Landlugs mit
den Landesregierung, vor allem dem
Innennunister.



Lob und Forderungen nohe beieinander. Führende Vertreter des Landesverbondes des 80% geben ihre Lagebrurteilung (von links nach rechts). Der stellvertretende Landesvorsitzende UIII Tolkmitt, der Pressebeauftragte Boda Redin und der Landesvorsitzende Roland Stumpf.

Ihm bescheinigen die BDK-Leute reitwis eintes Aktivposten. So id anerkannt, was alles für die aterielle Ausstattung getan worden materielle Ausstattung getan worden ist. Die Organisationsform der Polizet ("funktionale Integration") bezeichnen die Experten als die optimaliste im Bundesgebiet. Die Itolie Selstewig-Holsteins als Varreiter, die elektronische Datenverarbeitung für die Polizeiarbeit wirksam nutzber gemacht zu haben, steht ganz obenan. Was als "Itzehoer Erklärung" des Ministers 1872 in die Kringboreichichte eingegangen ist, bescherte mit Hille von Lehrgingen ieß Prinoboamten des mittleren Dienstes den Aufstieg in den gehobenen. den Aufstieg in den gehobenen Dienst (1971-12 Prozent, 1978-39 Prozent Antelli, Der erste Scheitt zu einer gerechten Bauerte Prozent Anteilt. Der erste Scheitt zu einer gerechten Rewertung ehnerakterisierte Ulli Tolkmitt diese Chancen die jedoch zum Leidwesen des BDK nicht kentinmerlich fortge-setzt worden stad. Und schließlich wird es der Landsshaushalt 1979 er-lauben. Befürderungsengplisse abzubo

Aber die Gegenrichnung wird nicht minder klar beschrieben. Die ausgebreitete Fülle der Pakten und Zahlen läuft auf fünf hendloste Fest-

Die Kriminalpolieri ist hoff-ungelos unterbesetzt (1979 Soll 879

 Die Sachbearbeiter sind überla-stei. Mehrerbeit kann nicht sach-und facigerecht bewähligt werden Der enorme Kräfteverachfeiß schlägt ietztlich durch auf die Qualität der Arbeit Arbeit

Die Zahl der Straftnten steigt von Jahr zu Jahr; auch das erste Halbjahr 1978 macht im Trend keine Ausnahme.

Der BDK fordert mittelfristig bis 1882 rund 300 Stellen im Perso-nalhenshalt des Landes.

Sehr langfristig" soll erreicht werden die Zweiteilung: Neben dem Jeitenden Dienst" alle Kripobeam-ten in den gehübenen Dienst. (Aus der Verantwortlichkeit und der Be-lastung ist das gerecht im Vergleich mit anderen Verwaltungsbereichen, wird araumentiert.)

wird argumentiert.)
In: Telegrammstil rund um die Kripo und in ihrer Bewertung einige

Angaben dazu:

1971, 1976, 1977 lieine Verstärkungen für die Kripo • 1978 93 Stellen
für Terroristenbekämpfung (davon
31 Umschreibungen), aber keine 31 Umschreibungen), aber keine Stelle zur Kriminaltifisiebekämpfung vor Ort ● 1979 40 Stelsen für die Kri-minaldirektionsbereicher "es steht in den Sterene, wann sie besetzt sein werden" ● In 20 Jahren von 1957 bis 1970 stieg die Zahl der Fille um 160 Pruzent, die der unaufgeklürten Ta-ten um 450 Prozent, die des PersoLANDESPOLITIK

b.w.



Der Vorstand der Initiativgruppe mit Beratern: Bodo Redlin, Volker Lorenzen, Werner Belitz, Horst Mummert, **Dieter Holstein**

nals (ohne Angestellte für die EDV) um 70 Prozent • Der Richtwert für die Polizeidichte von 1:400, von den Innenninistern vertreten, "ist nicht mehr zeitgemäß" • Die Kriminalität hat sich qualitativ verändert" • Eine ganze Reihe von aufwands-und arbeitsträchtigen Tätigkeiten und arbeitsträchtigen Tätigkeiten wird statistisch nicht erfaßt (Soodersinsitze, Großfahndungen, Personenschutz, Brände, Vermißte, Gnadenersuchen, Selbstmorde)

Arbeitsbereiche sind hinzugekommen (zentrale Lagedlenste, Spezialdienststellen), aber aus der Substanz besetzt worden

Die Forderung, den sachbearbeitenden Dienst in den gehobenen Dienst einzustufen, wird "weitestgehend anerkannt"

Bundeskriminalamt und einige Bundes-länder haben diesen Schritt verwirkdeskriminalamt und einige Bundesländer haben diesen Schritt verwirklicht oder sind auf dem Wege dorthin
Berlin, Nordrhein-Westfalen,
Niedersachsen) • In Schleswig-Holstein besteht die Gefahr, daß der
prozentuale Anteil des gehobenen
Dienstes wieder absackt (Sollstärke
zu Ausbildungskapazitäten und zu
natürlichen Abgängen) • Die Jetzige
Regelung, allein über die inzwischen
arbeitende Farhochschule für den
gehobenen Dienst auszubilden,
bringt nicht genügend Nachwuchs.
• Die Lagebeurteilung: 1982 bis zu 200
Panierkommissare" Planstellen

"Papierkommissare", Planstellen also, aber keine Leute • Es sind nicht genügend Bewerber mit den gefor-derten Voraussetzungen für die Fachhochschule vorhanden • Laug-Fachhochschüle vorhanden • Langzeitausbildung von vier Jahren ist
"aufgrund der Personalmisere nicht
vertretbar" ("Die Kriminalitätsbekämpfung geht weiter") • Deshalb
muß es zusätzlich wieder die verlürzten Lehrgönge geben, um einen
bestimmten Prozentsatz in den gehobenen Dienst überzuleiten (Kriterien: Alter, Erfahrung, Leistung).

Passend zu diesem knapp zusammengefaßten Argumentations- und Forderungspaket kommt nun die Intitativgruppe "Zweigeteilte Laufbahn" im BDK ins Bild, die durch ihren jüngsten Rundbrief an die Bürger Aufmerksamkeit erregte und sich kritische Kommentare gefallen lassen mußte. "Eine Spontangründung des mittleren Dienstes", so wurde uns erläutert, "weil der BDK selbst noch aichts erreicht hat." Und darüber herrscht, gelinde gesagt, Unmut. Die Gruppe unterscheidet sich in ihrer Grundargumentation nicht von der ihres Berufsverbandes, arbeitet ihr Anliegen jedoch noch schärfer heraus. "Wir haben zu Recht auf ein Streikrecht verzichtet", helbt esfemotionslos. Aber wenn "verhandeln, verhandeln und noch Passend zu diesem knapp zusam-"verhandeln, verhandeln und noch einmal verhandeln nichts einbringt, dann muß es erlaubt sein, sich auf-klärend auch direkt an die Bürger zu wenden." Auch wenn bei dieser "ge-drängten Information einiges auf der Strecke bleibt", sei benbsichtigt gewesen, mit Basiszahlen aus der Statistik und der eigenen, auf Erfahrung beruhenden Analyse, die Lage für Jedermann verständlich und nichts beschönigend darzustellen. Es gehe schließlich auch um die Inter-essen des Bürgers und seine Sicher-heit. Bürgerangst werde nicht er-zeugt, wie es in der Kritik geheißen hatte, "sie ist — das wissen wir aus Erfahrung — schon vorhanden", sagen die Kriminalisten.

Sie wollen, wie es einem Berufs-erband zukommt, am Ball bleiben mit ihren Forderungen. Zum Stichwort "gehobener Polizeivollzugs-dienst" hoffen sic — aber nicht nur in dieser Sache — auf den Innen-minister. Er hatte am 27. 3. 1975 in Aussicht gestellt, daß auch 1875 in Aussicht gestellt, daß auch über dieses Jahr hinaus befähigten lebensälteren Beamten die Möglich-keit eröffnet bleiben soll, in den guhebt erormet bleiben soll, in den ge-hobonen- Dienst aufzusteigen. Ihre Berufs- und Lebenserfahrung soll bei der Dauer der Ausbildung be-rücksichtigt werden, hatte es gehei-Ben. Dazu aber kam es bisher nicht.



Als Original bzw. Fotokopie verteilt an: IV M, AC, PR, 170, 170 a, 1, 160, 180, 181, 2, 310 b, 400 a, 450, 530, 7, 610, 920, 990, AZK

Anrensburger Zeitung barmsteater Zeitung Bauernolatt Bauwirtschaftliche Informationen bayern nurier bergedorfer Zeitung Bramsteater Nachrichten

15 DEZ. 1979

Lübecker Nachrichten

14. nc, De, 170, 1, 400 "Rosa Zeiten" für Holsteins Gangster?

Straftaten steigen, Aufklärungsquote sinkt - Kripo hoffnungslos überlastat

Bad Segeberg (St). Uberd'mensional steigende Stralta-tea und eine Aufklärungsquote, die ins Beängstigende ebfällt, herstunden zum Erbrechen, ires und ein taubes Ohr beim Innenminister des Landes iftr ihre Forderungen, das sind die l'aktoren, die auch die Kriminalteamten im Kreis Segeberg ausgesprochen saucr" men. Der Spracher des Bundes der Kriminalbeamten in Kiel, Bodo Redlin: "So geht es nicht weiter, die Zahlen sind er-schreckend!"

Bodo Redlin: "Wußten Sie schun, daß die schleswig-holsteinische Bevölkerung im Ver-gleich zu der in anderen Plä-chenlandern der Bundesrepublik ain meisten durch Straftaten gefährdet ist? Die Kriminalität im Vorjahr ist um 7,3 Prozont gestlegen - in Schleswig-Holstein jedoch um 11 Provent. Die Zahl der bekannt ge-worderen Straftaten bei uns im Jahre 1977 gegenüber dem Vorjahr stieg um 160 Prozent, Anaog dazu stieg die Zahl der un-ligeklärten Straftuten um 450 Prozent. So nohmen wir in Schloswig-Helstein unter den Flüchenlandern in diesem Jahr Aufklärungsquote n.it ciner von nur 41,1 Prozent den letzten Platz oin. Die Kriminalisten dieses Landes machen Tausende von Uberstunden, damit die Kriminalität nicht ins Unermeß-Liche ausufert!"

Wie Redlin weiter mitteilte, benütige die Kriminalpolizei in Schleswig-Holstein in kützester Zeit mehr Beamte, um den weiteren Anstieg der Kriminalität aufzulangen und dem Bürger ein Mindestmeß, un Sicherheit gewährleisten. zu Die slungsfähigkeit und Einsatzbe-reitschaft der Kriminalbeamten lasse nuch. Sie sei eng verbun-den mit der Voreathultung einer gerechten Dewertung der Kriminalpolizei. Die St.mmung unter den Leamten reiche von Verärgerung und Verbitlerung bis hin zur Resignation. Das sei einer eptimalen Kriminalltäts-bekämptung nicht förderlich und dem Sicherheltsbegehren des Bürgers abtraglich.

Seit Jahren, so Redlin, den die verantwortlichen Politi-ker auf diese Milentwicklung ker ant diese hingewiesen, doch dringend er-forderliche Maßnahmen auf dem Personalsektor blieben aus. Im Landeshaushalt wur-den 1979 nach langem Drängen 40 der 300 geforderten Planstelion bewilligt. Diese Ma3nahme verpuffe jedoch wirkungslos im Kriminalitäisreum". Die Frage einer gerechten Bewertung und tütigkeitsbezogenen Einstufung der Kriminalpolizei werde von schleswig-holsteinischen Landesregierung verschleppt, ignoriert and bagatellisiert.

Die Kriminalisten fordern mindestens 300 Exckut; vbeamte and 30 Angestellte his zum Jahr 1902, um die schlimmen Misstände zu bereinigen. Redling "Eine weitere und sehr wichti-ge Forderung ist die Überfültrung aller Krimina'beamten in gchohenea Dienst bei sachbearbeitender Tätigkeit, wie es Eundeskriminalamt und

im Lande Berlin geschehen ist." : .In ihrer sad:bearboitenden Ermittlungstätigkeit führen die Kriminalbeamten Arbeiten durch, die eine gerenhte Bewer-tung erforderlich machen. Die Kriminalpolizei ist eine Spezialeinrichtung zur Verbrechens-bekämpfung; an ihre Beamten sied hohe Anferderungen in geistiger, charakterlicher und körperlicher Hinsicht gestellt. Es ist ein Beruf, der in seiner. Qualifikation nicht mit anderen

Berufsgruppen vergleichbar ist. Es besteht ein Zwang zu erfolgreicher Arbeit, der dem Argument der ist ja Be-ainter und bekommt später Pen-sion* honeriert werden sellte. Eriolgreiche Arbeit erfordert Motivation zur Arbeit. Das hann nur in einer Gestaltung Laufhutnrechts gafunden dos werden, die auch einen Anreiz zur qualifizierten Arbeit si-chert, führte Bodo Redlin abschließend aus.



Hat der Innenminister für ens nur noch den kosteniosen Händedruck übrig? Das fragen sich nicht nur die Kritainalheamten des Landes Schleswig-Holstein. Auch die Schutzpolizei ist nicht gerade mit zu vielen Beamten gesegnet. Mehr Beamte und eine gerechtere Bewertung der Arbeit fordert die Kripo jetzt unmifiverständlich. (Foto: Sellinske)

Schl.-Holst. Landeszeitung ochleswiger Nachrichten begeberger Zeitung Stor-Bote Stormarner Tageblatt Sylter Rundschau Uetersener Nachrichten wedel-Schulauer-Tageblatt Welt am Sonntag Wilstersone Zeitung Wirtschaft N.-Ostsee

Maulkorb« für Kriminalbeamte?

Erfolgten Disziplinierungs-Versuche mit Wissen des Innenministers?

Mit Emperung hat der Bund Deut- | dieser Anordnung hätte ein Disziplischer Kriminalbeamter (BBK) neuerliche Disziplinierungsversuche des Kieler Innenminnisteriums aufgenommen. Der BDK-Landesvorsitzende Roland Stumpf beseichnete es als "ungeheuerlichen Vorgang", daß Funktionsträger und Mitglieder des Kriminalistenverbandes wegen threr in thren gewerkschaftlichen Funktionen dargelegten Meinungen auf dienstlisher Ebene belehrt werden.

Wie dazu mitgeteilt wird, wurde dem Pressebeauftragten des BDK-Landesverbandes Schleswig-Holstein sowie weiteren Funktionsträgern und BDK-Mitgliedern auf Weisung des Innenministeriums die dienstliche Anordnung erteilt, einer durch ihren Direktionsleiter geführten "Information und Kiarstellung als fürsorgerische Maßnahme zur Bewahrung der Weitergabe von falschen Aussagen" beizuwohnen. Eine Nichtbefolgung

narverfahren nach sich gezogen.

Was vom Innenministerium als "Information und Klarstellung" betitelt wird, wird vom BDK, der in Schleswig-Holstein etwa 85 Prozent der Kriminalisten vertritt, als Versuch der Einschüchterung und Behinderung der gewerkschaftlichen Arbeit gesehen.

Das Innenministerium unternahm mit dieser Belehrung den Versuch, die vom Kriminalistenverband in letzter Zeit gemachten Aussagen zum Laufbahnrecht zu widerlegen. Insbesondere das im November 1978 von der "Initiativgruppe Zweigeteilte Laufbahn im BDK" an den Bürger gerichtete Flugblatt sowie ein BDK-Schreiben mit nahezu allen Unterschriften der Plöner Kriminalbeamten an "ihren" Abgeordneten im Wahlkreis Plön (Rudolf Titzck) wurden als ministerielle Grundlage zu der Belehrung herange-

Dem Bund Deutscher Kriminalbeamter fehlt vor allem das Ver-

ständnis dafür, daß Gewerkschaftsmitglieder, die unter dem Kopf "BDK" an ihren Abgeordneten schreiben und auf ihre Probleme aufmerksam machen, durch eine auf dienstliche Ebene verlagerte Belehrung brüskiert werden. Den Kriminalbeamten soll hier - so sieht es der BDK - ein Maulkorb verpaßt werden.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter fragt sich, ob diese Vorgange mit Billigung oder Wissen des Innenministers Rudolf Titzck geschehen sind.



2. Reaktionen der Landtagsfraktionen auf das Verhalten des Innenministers bzw. seines Ministeriums.

Zwei der drei im Landtag vertretenen Fraktionen griffen unmittelbar nach Kenntnisnahme das Vorgehen des Innenministeriums suf.

So erklärte der stellv. Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr.Klaus KLINGNER, auf der Parlamentspressekonferenz am 23.1.1979 für seine Fraktion:

"Die Landesregierung soll die Meinung und die gewerkschaftlichen Rechte der Mitarbeiter im Landesdienst achten. Der Innenminister hatte für eine Vielzahl von Kriminalbeanten dienstliche Belehrungen angeordnet, weil sie in Flugblättern und Briefen an Abgeordnete Verbandsforderungen geltend machten. Insbesondere gilt die vom Innenminister zur Begründung seines Vorgehens genannte "Fürsorgepflicht" den Mitarbeitern und nicht den polititschen Interessen des antierenden Ministers. Die SPD betont demgegenüber, daß es das Recht eines Berufsverbandes ist, sich für die Interessen seiner Mitglieder einzusetzen. Daß die Kriminalbeamten auf die höchste Kriminalitätsbelastung des Landes Schleswig-Holstein unter den Flächenländern der Bundesrepublik, auf die besonders niedrige Aufklärungsquote, auf die Überlastung der Polizei und die immer wieder hinausgeschobene Zusage, die Hälfte der Kriminalbeamten in den höheren und gehobenen Dienst zu überführen, hinweisen, mag für die CDU-Landesregierung unangenehm sein, entspricht aber den Tatsachen. Der Hinweis auf diese Tatsachen rechtfertigt keine disziplinarischen Maßnahmen.

Für die SPD bedeutet das Vorgehen gegen die Kriminalbeamten eine Steigerung gegenüber anderen Maßnahmen zur Einschränkung von Meinungsfreiheit. ...

Der stellv. Vorsitzende der FDP-Fraktion, Jens RUGE, nahm das Vorgehen des Innenministers zum Anluß, eine kleine Anfrage an die Landesregierung zu richten, in der er die Fragen beantwortet wissen möchte:

BDK VERTRITT KRIMINALISTEN

- 1. Auf welcher Rechtsgrundlage und welchen Tatsachen beruht die dienstliche Weisung an den Pressesprecher und weitere Mitglieder des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), an einer "Information und Klarstellung als fürsorgerische Maßnahme zur Bewahrung der Weitergabe von falschen Aussagen" teilzu-
- 2. Welche Dienstvorgesetzten haben welche Tatsachen richtig gestellt?
- 3. Ist die Richtigstellung gegenüber der Öffentlichkeit er-
- 4. Unterliegt auch die "Beurteilung" von Sechverhalten der dienstlichen Information und Klarstellung durch die Vor-
- 5. Welche Sachverhalte sind durch die betroffenen Kriminalbeamten in den vergangenen Wochen falsch beurteilt worden?

Von der CDU-Fraktion war erwartungsgemäß keine Stellungnahme zu erhalten.

Pressespiegel

Auf Grund dieser Vorkommnisse gab der BDK-Landesvorstand eine Presseerklärung an die Publikationsorgane unseres Landes. Eine ganze Anzahl von Presseorganen, unter underem

das Flensburger Tageblatt

Schleswig-Holsteinische Landeszeitung

die Lübecker Nachrichten.

gingen ausführlich auf das Verhalten des Innenministeriums ein. Wegen der fast wortgetreuen Wiedergabe der SDK-Pressemitteilung drucken wir auf der nächsten Seite den Artikel der "Südschleswigschen Heimatzeitung"v. 12.1.1979 zu diesem Komplex

IM NEUEN HPR: 2 SITZE FUR DEN BDK

Kleine Anfrage

des Abg. Ruge (F.D.P.)

Antwort

der Landesregierung -- Innenminister --

Disziplinierung von Kriminalbeamten als Gewerkschaftsvertreter durch die Landesregierung

Auf welcher Rechtsgrundlage und welchen Tafsachen bereich die einentliche Weisung au den Pressesprechet und wertere Mitglieder des Buurles Deutscher Kriminalbeanter. (DDK). an einer "Information und Klennetchung als fünorgerische Medi-sahne zur Bewahrung der Weitergabe von falschen Amssegen" belleungehene?

Weder an den Pressesprecher noch an andere Mitglieder des BDK ist eine diesestliche Weisung gerichtet worden. Vielmehr hat das Jenensstnisterium am 15. Dezember 1978 mehrere Leiter von Krimianlpolizeibehörden besudtragt, Krimianlbeante, die ein Flosplatt und mehrere an Lendtagsabgeordnete gerichtete Schreiben unterzeichnet lasten, auf unrichtige Sachdarstellungen in diesen Schreiben hinzuverlesen und die Beausten über den richtigen Sachwerhalt zu informieren. Enzaprechende Informationsgespäcke haben die Dienatstellenten zu des Wennten sofeiber. leiter mit den Boamten geführt.

2. Welche Dienstvergesetzten haben welche Tetsorben richtig ge-

Beauftragt waren die Leiter des Kriminalpolizeiamtes und der Kriminalpolizeidirektionen Mitte, Nord und Süd.

Richtigzusteilen waren eine Vielzahl von Tatsarhen, von denen hier drei Beispiele aufgeführt werden:

Unrichtig ist die Behauptung, der Innenminister babe sich 1972 in seiner Erklarung in lizeboe dazu bekannt, daß der Sachbe arbeiter der Kriminelpolizet überwiegend Tätigkeiten des gehoarbeitet der Kiminnepolitet überwegend tätigkeiten des gelichenen Diensies verrichtet. Aus eleser unrichtig wiedergegebenen triklarung wurde in den Veröffentlichungen die "Überleitung" des Behauten in den gehobenen Dienst gefordert. Tatsachlich hat der Inneuminister erklätt, die ständig zunehmende Friedwerung der Verbrechtensbekänpfung erfordere in zunehmendem Maße"Bildungsvorautssetzungen und Kenntnisse", die im wesentlichen den anbeitenen Dienst zunnehmens sind. dem gebobenen Dienst zuzuordnen sind.

Unrichtig ist die Bebauptung, der Erktärung des Innenninisters aus dem Jahre 1972 seien keine Taten gefolgt. Richtig ist, daß Landesregierung und Londfag gemeinsam den Anteil des geberen Dienstes in der Kriminalpolizei von 12,1 % in Jahre 1971 unf 38,88 % im Jahre 1979 angehoben haben. Das ist eine Veresserung des gehobenen Dienstes um 259 Stellen.

Unrichtig ist auch die Behauptung, die Boamten des mittleren Deutstes der Kriminalpolizei hütten sost Jahren keine Charass Diseases der Krimmanpolitet matten acit Jenrer keine Charton mehr zum Aufstieg in den gehobenen Dienst gehabt Richtig ist, deß in dem Jahren von 1972 bis 1976 insgesamt 234 Beamte des mittleren Dienstes 'n den gehobenen Diens', aufgestiegen sind. 1977 warde es 10, 1978 13 Beamte.

Dazu ist zu bemerken, daß sei: 1976 bis heute jeweils weit mehr Stellen für die Aushildung zum gehobenen Dienst zur Verfügung standen els durch geeignete Rewerber beseizt werden kounten.

Von einer "Disziphnierung von Kriminalbeamten als Gewerkschaftsvertreter" kann demnach keine Rede sein.

3. Ist die Richtiesteilung gegenüber der Offentlichkeit erfolgt?

Ja, mit Presseerklämingen vom 8. Dezember 1978, 11. Januar 1979 und 19. Januar 1979.

- Unterloog anch die "Beurtschung" von Sachverhalten der dieset-lichen Information und Klarstellung durch die Vorgesetzten?
- Weider Sackverhalte sind durch die betroffenen Krimtraffe aarten in den vergangenen Wodien falsch beusteilt worden?

Gegenstand des Informal ensgesprachs der Dienststellenleiter mit den beamten, die das Flugblatt bzw. die Briefe an die Abgeordneten unterschrieben hatten, wuren lediglich die in diesen Publikationen und Sachverhalte. Es war im Schreiben an die Dienststellenleiter vom 15. Dezember 1978 ausdrücklich darauf binspewiesen worden, daß es hierbei nicht um eine Wertung der Standpunkte, sondarn lediglich um eine Sachzulklärung geben könne.

Kriminalbeamte fordern eine gerechtere Bewertung

Kriminalbeamte fordern:
Schluß mit der Diskriminierung
des mittleren Dienstes", und
"Gerechte Bewertung". Das sind
zwei von drei Kleinanzeigen,
die kürzlich in der Rubrik "Vermischtes" der "Lübecker Nachrichten" erschlenen sind.

Mit einer will der Bund Deut-scher Kriminalbeamter (BDK) Schleswig-Holstein, Bezirk Lübeck, erneut auf seine Probleme aufmerksam machen.

Die Unruhe im BDK des nörd-lichsten Bundeslandes wächst. Dafür gibt es zwei triftige Gründe. Die beängstigende Enlwick-lung der Kriminalität und die ungerechte Bewertung gleicher Arbeit bei unterschiedlicher Be-

Die Zahl der Straftaten steigt

Die Zahl der Straftaten steigt von Jahr zu Jahr im Gegensatz zur Aufklärungsquote, die sinkt. Der BDK glaubt die Gründe dafür zu kennen. Es fehlt die der negativen Entwicklung ent-gegenwirkende Personalvergegenwirkende Personalver-stärkung. So wurden im Bereich Lübeck durch Pensionierung und Lübeck durch Pensionierung und Todesfälle entstandene Perso-nallücken in den vergangenen Jahren nicht wieder geschlos-sen. Darüber hinaus erschwert eine ständig zunehmende Büro-kratisierung bei der Bearbeitung von Straffaten den praktischen Einsatz der Kriminalpolizei, Die

Beamten kleben immer mehr am Schreibtisch. Nach Ansicht der BDK-Vertreter leidet darunter der notwendige Kontakt zu den Bürgern.

Obwohl der schleswig-holsteinische BDK die Politiker wieder-holt eindringlich auf die Proble-matik hingewiesen habe, seien die Mißstände nicht abgestellt worden. Mit Betroffenbelt hätten die Mitglieder registriert, daß ihre Aufklärungsarbeit als "Pa-

nikmeche" ausgelegt worden sel. Nach Ansicht des BDK entsteht die ungerechte Bewertung gleicher Arbeit nur deshalb, weil sich das Kieler Innenministerium nicht entschließen könne, die zweigeteilte Laufbahn in Schleswig-Holstein einzuführen, das heißt, endlich eine Einteilung in den sachbearbeitenden (gehobenen) und eine Einteilung in den leitenden (höheren) Dienst vorzunehmen.

Die immer wieder erhobenen Forderungen des BDK lauten da-her: 1. Binführung der zweige-teilten Laufbahn—gleicher Lohn für gleiche Arbeit. 2. Eine spür-Personalverstärkung und bare Personalversterkung und 3. Einführung von Kriminalen-gestellten zur verwaltungsmäßi-gen Entlastung der Kriminalbe-amten. Die einst so flexible und erfolgreiche Kripo würde sonst vollends in Verordnungen, Richt-linien, Formularen und Statistiken ersticken.

Montag, 29. Januar 1979, Seite 30

Stopp der Kriminalität

Der ständig steigenden Kriminalität und der erschreckend zurücksegangenen Aufklärungsquote in den letzten Jahren müssen Kriminalbeamte entgegengesetzt werden, die weder frustriert, verärgert noch demoralisiert sind. Das wäre zu-mindest ein Schritt, diesen gefährlichen Trend einzudämmen.

Daher auch in Schleswig-Holstein: Gerechte Bewertung der Kriminalpolizei! Schluß mit der Diskriminierung des mittl. Dienstes!

Bund Deutscher Erlminalbeamter - Initiativgruppe

Kieler Nachrichten

Flensburger Tageblatt

v. 20.1.1979 (Anzeigen)

Kleintransporte und Klein-Umzüge zu günstigen Preisen. Tel. 04 61 / 4 62 61

Zehntausende lesen sehr auf-merksam die Kleinanzeigen in unserem Blatt, und für jede fin-den sich viele, die darauf schreiben

schreiben. Jg. Seemann sucht junges Mäd-chen (18—24 J.), zw. Freizeitge-staltung. Zuschr. erb. u.20/D 104 an die Geschst. der Zeitung.

Kriminalbeamte: Schluß mit der Diskriminierung des mittleren Dienstes! BDK

Liebev. Pilegest. f. 1jähr. Kind v. 7—13.30 Uhr auf Jürgensby (PL) od. Umgebg. ges., Tel. 2 17 12.

Kriminalisten: Laßt die Polizei nicht mit der Kriminalität allein! BDK

Wir renovieren für Siel Telefon Flensburg 2 43 94. Rentner halbe

Schleswig-Holstein



dise Das geht uns alle an: Personalratswahlen 1979

Die im ersten Halbjahr 1979 durchzuführenden Personalratswahlen werfen ihre Schatten voraus. Die umfangreichen Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, um für uns Kriminalbeamte ein optimales Ergebnis zu erzielen.

Bei den Wahlen zum örtlichen Personalrat sowie zum Bezirkspersonalrat werden sich die BDK-Kandidaten eindeutig durchsetzen. Als optimales Ergebnis für die Wahl zum Hauptpersonal-

医相对规则所以 "满些和各种"的对应证

The second of the second second second second 40 / kriminalist : 1/79

rat der Landespolizei Schleswig-Holstein wird die Erringung von zwei der insgesamt neun Beamtensitze angesehen. Bei den Wahlen '75 wurde dieses Ziel knapp verfehlt, bekanntlich bekam der BDK einen Beamten durch. Das soll 1979 anders werden! Es kommt auf jede Stimme an!

Der BDK-Landesvorstand ist bemüht, für die Wahlen Kandidaten aufzustellen, die das Vertrauen aller Mitarbeiter der jeweiligen Dienststelle genießen. In die Personalvertretung gehören zuverlässige, fachlich qualifizierte und sachlich handelnde Mitarbeiter; gute Personalvertretung erst schafft den selbstbewußten Beamten.

Der Landesvorstand wählte bereits am 6. 11. 1978 ein Spitzengespann für die Hauptpersonalratswahlen. Mit überwältigender Mehrheit setzte sich der Kollege Bodo Redlin als BDK-Spitzenkandidat durch. Ersatzkandidat wurde der Kollege Hans-Peter Jansen

· 2.5 mm 电对对数率等大小中心化准备系统等



lo Redlin, geb. 30. 3. 1943, Krim iter K 25, verh., ein Kind. Redlin ist Pressebeauftragter des BDK-Landesverbandes sowie Stelly. Vorsitzen-der der "Initiativgruppe Zweigeteilte Laufbahn im BDK".

Verbandszeitschrift "Der Kriminalist" 1/79

A selected photos of the Selected Assessment and the selected and the sele



Bund Deutscher Kriminalbeamter

s editor Allahat alama

Landesverband Schleswig-Holstein



Hauptpersonalratswahl-27-3-1979

Wußten Sie, daß bei der Wahl zum Hauptpersonalrat 1975

- nur ein Kriminalist der BDK-Spitzenkandidat gewählt
- Kriminalisten als Kandidaten anderer Berufsverbände ge-
- 8,7 % der Kriminalisten nicht gewählt haben?
- 13,6 % der Kriminalisten ihre Stimmen nicht ausgenutzt haben?
- 8,3 % der Stimmen der Kriminalisten artfremden Berufsvertretungen zuflossen?
- dadurch über 2000 Stimmen für BDK-Kandidaten verloren
- die Erringung eines zweiten Sitzes für den BDK im Hauptpersonalrat an nur 50 Wählern gescheitert ist?

1979 soll es anders sein:

- Jeder Kriminalist hat 9 Stimmen!
- Der BDK bietet Ihnen in seiner Liste 20 Kandidatenpaare an!
- Verteilen Sie Ihre 9 Stimmen auf diese Kandidatenpaare!
 - Fassen Sie Ihr Wahlrecht als Pflicht auf!
- Beantragen Sie bei Verhinderung rechtzeitig Briefwahl!
 - Geben Sie die Briefwahlunterlagen rechtzeitig ab!
- Wählen Sie nur BDK-Kandidaten!

Geschäftestelle: 23 Kiel, Blumenstraße 2-4 - Postfach 1633 - Bankkonto: Beamtenbank Kiel 15555

BDK - KANDIDATEN IN DEN PERSONALRAT

Sie müssen wissen?

Jede verschenkte Stimme, jede Stimme für eine artfremde Berufsvertretung erschwert eine sachgerechte berufsbezogene Vertretung durch Kriminalisten. Kriminalisten als Kandidaten fremder Berufsvertretungen haben bei der Wahl keine Chance.

NUR KRIMINALISTEN KÖNNEN KRIMINALISTEN RICHTIG VERTRETEN BDK-KANDIDATEN SIND KRIMINALISTEN

BDK-Kandidaten sind Männer der Basis, die wissen, was Kriminalisten empfinden, weil sie unter derselben Belastung stehen.

Die BDK Spitzenkandidaten



BODO REDLIN

HANS-PETER JANSEN

sind, wie alle anderen BDK-Kandidaten, angeführt von

HORST MUMMERT

engagierte Männer der Praxis.

Sie werden Kriminalisten hautnah vertreten.

BDK - KANDIDATEN IN DEN HAUPTPERSONALRAT

Unzufriedene Beamte sind schlechte Garanten der Inneren Sicherheit

Kripo fordert Gerechtigkeit - Initiativgruppe des Landes tagte in Plön

Plön (em), "Das Aufgabengebiet und die Tätigkeitsmerkmale der Kriminalbeamten sind umfangreich und erfordern einen hohen Wissensstand. Der kriminalpolizeiliche Sachbearbeiter arbeitet selbständig und ei-genverantwortlich und besitzt eine umfassende Entscheidungsfreiheit. Die ihm obliegende Handlungsver antwortung rechtfertigt eine niedri-gere Einstufung als in den gehobenen Dienst nicht mehr. Die Dreiteilung der Laufbahn des Kriminalbeamten ist daher überholt." Das erklärte der Pressesprecher des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in Schleswig-Holstein, Bodo Redlin aus Preetz, in einem Referat zur Lage des mittleren Kriminaldienstes auf einer Versammlung der "Initiativgruppe Zweigeteilte Laufbahn im BDK" am 28. 2. in Plön.

Eine gerechte Bewertung der Kriminalbeamten könne nur heißen: Einführung der "Zweigetellten Laufbahn", d. h. eine Gliederung in die Laufbahngruppen des sachbearbeitenden und leitenden Dienstes, wo-bei die Sachbearbeiter im jetzigen bei die Sachbearbeiter im jetzigen gehobenen Dienst anzusiedeln seien, heißt es in einer Pressemitteilung der aus dem gesamten Land angerei-sten Kriminalisten weiter.

_Unsozial'

Die Beamten der Initiativgruppe hatten sich zuvor unter Leitung ihres Vorsitzenden Werner Belitz, Kiel, mit Entschiedenheit gegen die Poli-tik des schleswig-holsteinischen In-nenministers in dieser Frage ge-wandt. Er müsse nun endlich einsehen, daß es unsozial und unverantwortlich sei. Kriminalbeamte mit gleichen Aufgaben zu betreuen, sie jedoch unterschiedlich zu bewerten. So würden — heißt es weiter — über 400 Kriminalbeamte des mittleren Dienstes in Schleswig-Holstein in permanenter Unterbewertung ihren

> Ruge: Grober Unfug bei Beurteilung der Polizei

Kiel (msp) Als "groben Unfug" bezeichnet der FDP-Landlagsabgeord-nete Jens Ruge die Regelung im gehobernen Dienst der Landespolizei, Beamte nach Quoten zu beurteilen. Wie Ruge gestern in Kiel erläuterte, existlert bei der Landespolizei eine mündliche Vereinbarung darüber, wie-ren Procent der Bennten in die mündliche Vereinbarung darüber, wieviel Prozent der Beamten in die
jeweilige Benotung einzuordnen sind.
Danach wäre die Note "sehr gut" auf
fünf Prozent der Beamten zu verteilen,
die Note "gut" auf 45, "voll befriedigend" auf 40 und die Note "bafriedigend" und schlechter auf zehn Prozent.
Diese Einteilung soll auch für die
einzelnen, größeren Beurteilungsbe-

und welche Noten in den kleinen. Dienstsiellen zu vergeben sind. So laute dann zum Beispiel die Vorgabe für ein Polizeirerier: "Sie haben für drei Beamte einmal die Note gut und zweimal die Note woll betriedigend zur Verfügung." Diese Beurteilungsquotierung führe zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten, zumal es auch einen engen Zusammenhang zwischen Beurteilung und Beförderung gebe.

und Beforderung gebe.

Der Sprecher des Innenministeriums warf Ruge ein "vorschnelles und leichtfertiges" Beurteilen der Sache vor. Ruge habe die Antwort seiner Kleinen Anfrage zu diesem Komplex nicht abgewartet. Von einer Quotierung könne nicht die Rede sein. Es seien lediglich aus der letzten allgemeinen Beurteilung der Polizeibeamten Richtwerte entwickelt worden, di

BDK-Vorstand im Gespräch mit MdL Stühlmeyer, SPD

ren Kollegen des gehobenen Dienstes gleiche Aufgaben verrichteten. Das müsse unweigerlich zu Frustation und Verdrossenheit führen. Unzufriedene Beamte seien aber schlechte Garanten der Inneren Sicherheit. Der ständig steigenden Kriminalität Der ständig steigenden Kriminalität und der in den letzten Jahren er-schreckend zurückgegangenen Auf-klärungsquote in Schleswig-Holstein (1979 Aufklärungsquote 38,4 %, ein Rückgang von 1,5 % gegenüber 1978, bei der Kripo sogar um 2,5 %. Kreis Plön 1979 36,7 %, Rückgang um 0,8 %, Piön nimmt damit im Vergleich der Aufklärungsquoten den fünfletzten Platz unter den Kreisen ein) müßten nach Auffassung der BDK-Arbeits-gruppe Kriminalbeamte entgegenge-setzt werden, die weder frustriert, verärgert noch demoralisiert se Das wäre zumindest ein Schritt, die-sen gefährlichen Trend zu stoppen. rurde darauf hingewiesen. bei der Kriminalpolizeistelle Plon von zehn planmäßig zugewiesenen Krimlnalbeamten sechs dem mittle-

"Abgeblockt"

ren Dienst angehören.

Die in Plön versammelten Kriminalbeamten begrüßten die in letzter Zeit im Schleswig-Holsteinischen Landtag gelaufenen Initiativen der SPD- und FDP-Fraktionen, die einen Aufstieg von bewährten älteren Kri-minsibeamten des mittleren Dien-stes außerhalb der Fachhochschule vorsahen. Leider seien diese Initiativen vom Innenminister und der CDU-Mehrheitsfraktion mit nicht einsehbaren Argumenten abgeblockt worden. Man sei jedoch der Ansicht, daß auch Schleswig-Holstein an ei-ner fortschrittlichen Laufbahnregelung, wie sie bereits beim Bundeskriminalamt und in Berlin praktiziert

Dienst verrichten, obwohl sie werde, auf Dauer nicht vorbei kom Schreibtisch an Schreibtisch mit ib- men werde.

Maßnahmen
Zur schnellsten Erreichung dieses
Ziels beschloß die Initiativgruppe in
Plön eine Reihe von Maßnahmen, die
die Haltung des Innenministers verändern soll. Man werde verstärkt
den Bürger und Wähler auf die Probleme der Kripo aufmerksam machen. Das werde vorwiegend im
kommenden Bundestagswahlkampf
geschehen. Der enge Zusammenhang geschehen. Der enge Zusammenhang zwischen dem Recht des Bürgers auf Schutz vor Verbrechen und den Anspruch der Kriminalpolizei auf gerechte Bewertung werde dabei in den Vordergrund gestellt.

Bessere Aufstiegschancen für Beamte gefordert

Kiel (msp.) Ob es richtig, zweckmåßig und leistungsgerecht sei, für Kriminalbeamte des mittleren Dienstes
eine Kurzzeitausbildung zum Kommissar wieder einzuführen, muß nach
Ansicht des SPD-Landtagsabgeordneten Reinhold Stühlmeyer geklärt werden. Nach einem Gedankenaustausch
mit dem Vorstand des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in
Schleswig-Holstein kam man gemeinsam zu der Ansicht, daß die Ausbildungskupazitäten kaum ausreichen,
um mittel- und langfristig eine Erhöhung des Anteils am gehobenen Dienst
über die Fachhochschule zu erreichen.
Bewährten älteren Beamten des mittleren Polizeidenstes müsse man aber
eine Möglichkeit des Aufstiegs in den
gehobenen Dienst geben.

Kieler Nachrichten V. 24.1.80





BDK widerspricht Innenminister Barschel

Kiel (Re) "Bei der Mehrzahl der Polizeibeamten des gehobenen Dienstes endet die Laufbahn ohnehin beim Hauptkommissar (A 11). Insofern kann von einem "Kommissar zweiter Klasse" keine Rede sein." Das erklärte der Pressesprecher des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in Schleswig-Holstein, Bodo Redlin, am Wochenende zu den Ausführungen von Innenminister Dr. Barschel in der Debatte um die Aufstiegschancen bei der Polizei im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Es müsse schon nahezu als Verhöhnung aufgefaßt werden, wenn davon gesprochen werde, die von der FDP vorgeschlagene Aufstiegsregelung (Endstufe bei A 11) könne zu Unzufriedenheit bei den Beamten führen, heißt es in der Pressemitteilung des Verbandes weiter. Mehr Unzufriedenheit wie sie zur Zeit bei den Kriminalbeamten des mittleren Dienstes herrsche, könne gar nicht erzeugt werden. Ein Teil der Beamten sei doch schon der Resignation verfallen.

Verband der Kripo-Beamten fordert mehr Gerechtigkeit

Er will die schleunige Einführung der "zweigeteilten Laufbahn"

hl Norderstedt/Kiel, 27. April

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) hält es für
politisch unveriretbar, den
nachweislich berechtigten Anspruch auf eine gerechte Bewertung des kriminslpolizeilichen Dienstes weiter hinauszuzögern. Das geht aus einer
noch vor der Landtagswahl
veröffentlichten Dokumentation des Kriminalistenverbandes in Schleswig-Holstein hervor. Die damit verbundene
Forderung lautet Einführung
der "zweigeteilten Laufbahn",
das heißt, der kriminslpolizeiliche Sachbearbeiter ist ausschließlich dem gehobenen
Dienst zuzuordnen.

Die Begründung leitet der BDK aus den Tätigkeitsmerkmalen des kriminalpolizeilichen Diensten ab. Bodo Redlin, Pressesprecher des BDK-Landesverbandes: "Der Kriminalbeamte erbeitet demnach selbständig und eigenverantwortlich, ihm obliegt ein umfassendes Maß an schwerwiegenden Entscheidungen bei Eingriffen in die Bechte des Bürgers Seine Ermittlungen beginnen bei der Anzeigen- und Tatortaufnahme und endet mit der anklagereifen Abgabe des Ermittlungsvorganges an die Stattanwaltschaft."

Beim Bundeskriminalamt und in Berlin sei laufbahnrechtlich die "zweigsteilte Laufbahn" eingeführt. Darüber hinaus zuichne sich in
den Bundesländern BadenWürttenberg, Niedersachsen,
Nordrhein-Westfalen und
Rheinland-Pfalz ab, daß die
Einführung der "weigsteilten
Laufbahn" auf Urund des dort
vorhandenen oder geplanten
hoben Anteils das gehobenen
Dienates keine Frage des Prinzipa mehr sel, soudern lediglich ein Problem der haushaltsrechtlichen Realisierbarkeit.

In Schleswig-Holstein sei die Lage dadurch gekennzeichnet, daß die Landesregierung mittelfristig einen Anteil
von 50 Prozent im gehobenen
Dienst enstrebe. Nach Berechnungen des BDK durfte tatsächlich der Anteil des gehobonen Dienstes in SchleswigHolatein bis 1882 erheblich
rückläufig sein. Um diese negative Entwicklung auffangen
zu können, ist es nach Ansieht
des BDK umumgänglich, innerhalb kürzester Frist die bewährte Aufstiegsschulung, wie
es sie bis 1876 gegeben hat,
für eine Übergangszeit neben
der Ausbildung an der Fachhochschule wieder einzuführen.

Sodo Sedin: Des Blak
stellt fest, daß Unterbewertung zu Unnufriedenheit, Frustration und Gleichgütigkeit
führt. Dies um so mehr, als die
Krishinalbosonten bereehtligt
die Frage stellen, warum in
Schleswig-Holstein nicht etwas machian sein soll, was in
anderen Samdesländern bereits praktisiert wird."

Norderstedter Zeitung v. 27.4.79

BDK: Wer für das Recht kämpft, muß Gerechtigkeit erfahren!

Eckernförde. In diesen Tagen wenden sich die Kriminalbeamten bundesweit an die Offentlichkeit, um auf das Problem der ungerechten Bewertung ihres Dienstes besonders aufmerksam zu machen. Wie der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) in Schleswig-Holstein dazu mitteilt, läuft zur Zeit eine großangelegte Plakat- und Flughlattaktion, die Auftakt zu teils bundesweiten, teils punktuellen Kampfmaßnahmen des Kriminalistenverbandes ist. Ziel soll die Erreichung der "Zweigeteilten Laufbahn" sein, also die ausschließliche Einstufung der Kriminalbeamten in Bund und Ländern in den gehobenen (in sachbearbeitender Tatigkeit] und höheren Dienst (in leitender Tätigkeit).

Erst kürzlich hat der BDK-Landesverband eine Dokumentation vorgelegt, in der Aussagen von Wissenschaftlern. Politikern und Parteien zusammengestellt wurden und in der der Kriminallstenverband auch einen Stufenplan vorstellt, wie und in welchem Zeitraum das angestrebte Ziel erreicht werden kann, ohne die innere Sicherheit einer unverhaltnismaßigen zusätzlichen Gefährdung auszusetzen.

In den laufenden Aktionen stellt der BDK insbesondere heraus, daß sich die Kriminalbeamten mit ihrer ganzen Kraft für mehr Schutz für den Bürger einsetzen wollen, sie aber auch einen unausloschbaren Anspruch auf Griechtigkeit bei der Bewertung ihres Dienstes haben. Es sei nicht einzuschen, warum Kriminalbeamts in Berlin oder beim Bundeskriminalamt trotz gleicher Leistung besser bewertet werden, als beispielsweise in Schleswig-

Holstein oder Rheinland-Pfalz. Der BDK fordert daher gleiche Laufbahnrichtlinien für alle Kriminalbeamten in Bund und Ländern.

Bodo Redlin, Pressesprecher des HDk-Landesverbandes: "Es kann keine ungerechtfertigte Forderung sein, wenn man für gleiche Arbeit gleichen Lohn haben will. Man hat insbesondere die Beamten des mittleren Dienstes in die Frustration getrieben und erwirtet tretzdem bei weiter ansteigender Kriminalität Hochstleistungen. Das steht klar im Widenspruch zu der an sich von Politikern aller staatstragenden Parteien geauberten Meinung das die Forderung Zweigefehle austhehm" getechtfertigt ist"

Der Krimmate inverhand, dem die Mehrzahl aller Kriminalbeamter ingehort, kommt zu dem Schluß daß der Kriminalbeamte, der für die Recht kimpft, auch Gerechtigkeit erfahren nuß Hodo Redlin. "Wie weit wir davon noch entfernt nind, zeigt unsere Feststellung, daß es nach nie zuwa in der deutschen Kriminalpolizer so viol und so frustrierte, verär gerte und demoralisierte Beamte gab wie in der Gerenwart.

Eckernförder Zeitung v. 5.5.1979



Der BDK-Vorstand beim neuen Innenminister Dr.Dr. Barschel Jürgen Sievers, Bodo Redlin, Dr. Barschel, Roland Stumpf und Ulrich Tolkmitt



PRESSE-SPIEGEL

Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Schleswig-Holstein Ausgabe Nr. 5/79 - 1/80 11.12.79 - 24.4.1980

Verantwortlich:

Bodo Redlin Pressebeauftragter

Auf den Spuren Nick Knattertons

Bund Deutscher Kriminalbeamter ehrte Profesor Dr. Robert Hepp

Kiel (lz) Die Mütze des Comics-Detektivs Nick Knatterton war ein Kindheitstraum des Osnabrücker Professors Dr. Robert Hepp. Gestern erfüllte der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) ihm diesen Wunsch. Der Wissenschaftler erhielt im Restaurant des Kieler Schlosses aus der Hand des schleswig-holsteinischen BDK-Landesvorsitzenden Roland Stumpf die "Knatterton-Ehrenmütze".

Professor Hepp erhielt die Auszeichnung, die zum sechsten Male an eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens verliehen wurde, für seine "maßgeblichen" Arbeiten an einem von der Innenministerkonferenz bestellten Gutachten über das Berufsbild der Polizei. Der Wissenschaftler, so hieß es in der "Laudatio" von Roland Stumpf, hatte an verantwortlicher Stelle an den Aussagen des Gutachtens zu fachspezifischen Problemen und dem Stellenwert der Kriminalpolizei mitgearbeitet. Das Gutachten, das von der Universität Saarbrücken erstellt wurde, unterstütze die Forderungen der deutschen Kriminalpolizei nach einer gerechteren Bewertung ihrer Tätigkeit.

keit.

Der BDK-Landesvorsitzende stellte bei seinen Ausführungen heraus, daß der Kriminalpolizei in den meisten Bundesländern keine Gerechtigkeit in bezug auf der Bewertung ihres Dienstes widerfahren sei. In dem Gutachten seien klare Richtwerte für eine zweigeteilte Laufbahn und eine entsprechende Ausbildung gesetzt worden, die die BDK-Forderungen unterstützten. In diesem Zusammenhang übte Stumpf Kritik an der Innenministerkonferenz, die bisher das Gutachten nicht veröffentlicht habe. Offenbar sei es nicht so ausgefallen, "wie es die IMK gerne gesehen hätte".



EINE URKUNDE machte den Besitz der Knatterton-Ehrenmütze "amtlich". BDK-Landesvorsitzender Roland Stumpf (rechts) überreichte sie dem Osnabrücker Professor Dr. Robert Hepp. Foto: Beckmann

Es sei aber zu hoffen, daß das Gutachten letztendlich ausreichend beachtet werde — denn unzufriedene Kriminalbeamte seien schlechte Garanten der inneren Sicherheit.

Professor Hepp äußerte in seiner Dankesrede seine Befriedigung über den Erhalt der Nick-Knatterton-Mütze. In den heldenlosen Nachkriegsjahren habe der Comic-strip-Detektiv Knatterton (die Serie erschien in einer deutschen Illustrierten) so etwas wie ein nachahmenswertes Vorbild herge-

geben. Prof. Hepp erinnerte an so hinreißend spannende Geschichten wie "Der Schuß in den künstlichen Hinterkopf" und gab sogar preis, daß er des Nachts gar von einer Widersacherin Knattertons namens Olga Kokottkaja geträumt habe.

Anschließend unterstrich der BDK-Bundesvorsitzende Ingo Herrmann aus Berlin die Forderung nach einer gerechten Bewertung der Kripo und wies auf die Problematik verschiedener Kriminalitätsbereiche hin.

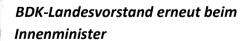
Kripoverband gegen "Schlechterstellung"

Lübeck (LN). Polizeibeamte dürften nicht schlechter als die Mitarbeiter aller anderen Landesverwaltungen gestellt werden. Die alle drei Jahre durchzuführenden Regelbeurteilungen sollten daher analog der Regelung bei den übrigen Landesverwaltungen bis zum Inkrafttreiten der in Arbeit befindlicher. einheitlichen neuen

setzt werden. Diese Forderung erhob der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) nach einer gemeinsamen Sitzung seines geschäftsführenden Landesvorstandes und den Vorsitzenden der Bezirkspersonalräte bei der Kriminalpolizei in Schleswig-Holstein jetzt in Kiel.

Eine durch das schleswig-holsteinische Innenministerium nur für die Polizei festgelegte Notenquotierung (feste Prozentanteile der Beamten bei den ten), die den Beurteilern kaum Spielraum bei der Beurteilung ihrer nachgeordneten Mitarbefter lasse, habe zu erheblicher Unruhe geführt, heißt es in einer Pressemitteilung dazu weiter. Gerade die Beamten der Kripo würden von einer solchen Maßnahme besonders negativ betroffen.

Lübecker Nachrichten



v. lks.: Bodo Redlin, Ulrich Tolkmitt, Jürgen Sievers, LaVo Roland Stumpf,

Innenminister Dr. Uwe Barschel, Abteilungsleiter Baltzer





PRESSE-SPIEGEL

Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Schleswig-Holstein Ausgabe Nr. 2/80 8.8.1980

Verantwortlich:

Bodo Redlin Pressebeauftragter

Kieler Nachrichten Nr. 179

LANDESPOLITIK

. 7

Abschied für die lauten Töne:

Kripo-Beamte wollen den "dynamischen Dialog" in der Verbandspolitik

BDK-Landesvorsitzender: Realistisch an die Materie herangehen

KN: HANS-JURGEN MEYN Kiel Der neue Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter in Schleswig-Holstein, Hans-Peter Jansen, will den "dynamischen Dialog" pflegen. Diese verbandspolitische Leitlinie ist nach seiner Beschreibung Kontinuität und Kurskorrektur zugleich.

In einem Gespräch der "Kieler Nachrichten" mit Hans-Peter Jansen, seinem Stellvertreter Ulrich Tolkmitt und Bodo Redlin, dem Pressebeauftragten des Eandesverbandes, wurde deutlich, daß man den lauten Tönen, dem Versuch, Druck auszuüben und Kampfmaßnahmen in Szene zu setzen ("auch wenn sie in der Vergangenheit mehr als verständlich waren"), den Abschied gegeben hat.

Argumentation hat Vorrang

Statt Konfrontation um jeden Preis stehen die Zeichen jetzt auf Argumentation, die sachlich, konsequent und hart in der Sache vertreten werden soll. Und wenn hier von Argumentation die Rede ist, dann, fügt der BDK-Landesvorsitzende hinzu, solle sie weiterentwickelt, untermauert, hiebund stichfest gemacht werden. An den beiden Schwerpunkten indessen Personalforderungen und eine gerechte Bewertung der Kriminalpolizei hat sich nichts geändert. Jansen: "Jeder soll wissen, daß wir verantwortungsbewußt und realistisch an die Materie herangehen." Und Tolmitt sekundiert: "Wir fordern nicht in den luftleeren Raum . . .

Generell will die BDK-Führung das Spektrum der Gesprächspartner erweitern. Nicht allein die Fachleute im Innenausschuß des Landtages sollen es sein, sondern alle Abgeordneten. Bei den politischen Parteien soll es nicht bei der Landesebene bleiben, auch Gremien vor Ort werden künftig nicht vernachlässigt.

Es liegt in der Natur der Sache, daß Schleswig-Holsteins Innenminister Dr. Uwe Bärschel zu den wichtigen Gesprächspartnern gehört. Zumindest das Klima müßte bereits recht ansprechend sein, denn Hans-Peter Jansen sagt in seiner fachlichen Berwertung des Ministers manch Lobendes: außerordentlich sachkundig, stets gut vorbereitet und informiert, gesprächs- und diskussionsbereit, "Auf-den-Punkt-Diskutierer".

In der Sache erscheint aus BDK-Sicht auf dem Pluskonto die verbesserte Laufbahnkonzeption für den gehobenen Dienst. Positiv bewertet man ferner die Abstchtserklärung, den Anteil des gehobenen Dienstes bei der Kripo zu steigern. Was hier noch ausgeblieben ist (Jansen: "Bedauerlicherweise"), ist die Anerkennung der BDK-Forderung nach der "zweigeteilten Laufbahn" (nur noch gehobenen und höheren Dienst, keinen mittleren Dienst mehr).

Positiv schlagen außerdem zu Buche in der gut einjährigen Amtszeit Barschels, so Jansen, die eingeleiteten Maßnahmen, um die Rauschgiftkriminalität besser, gezielter zu bekämpfen. Der "bisher erste Schritt" sei jedoch mit "nicht zu übersehenden Schönheitsfehlern" behaftet, hieß es einschränkend (mehr Beamte hätten's sein müssen, der Ermittlungstrupp beim "Mobilen Einsatzkommando" fehlt im "ersten Schritt").

Das Verhältnis zu den Oppositionsfraktionen im Landtag bewertet Jansen als "sehr gut bei unterschiedlichen Auffassungen in Detailfragen". Vor allem lobt er die Zusammenarbeit mit den Polizeisprechern Reinhold Stühlmeyer (SPD) und Jens Ruge (FDP); sie seien fachkundige und engagierte Gesprächs- und Verhandlungspartner. Mit der CDU will man den Dialog intensivieren, weil hier das Verhältnis in der Vergangenheit "nicht immer frei war von Spannungen".



io. Gespräche statt Konfrontation 🕝 Sette

Ein eindeutiges Bekenntnis für eine gute Zusammenarbeit mit der Schutzpolizei legt Hans-Peter Jansen in diesem Gespräch ab; wörtlich: "Wir streben eine solidarische und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den polizeilichen Berufsverbänden GdP und PDB an, wo es sich anbietet." So erkläre der BDK sich solidarisch mit der Schutzpolizeiforderung, die Probleme und negativen Folgen des Wechselschichtdienstes zu beseitigen. Und zur Bekräftigung: "Der BDK streitet nicht gegen "S", sondern für "K"; dazu ist er legitimiert."

Die Ausführungen Jansens über die Lage der Kriminalpolizei beginnen mit einer positiven Feststellung: Die funktionale Integration von Schutzpolzei (Sicherheit und Verkehr) und Kriminalpolizei (Verbrechensbekämpfung) sei aus BDK-Sicht als vorbildliches Organisationskonzept anzusehen. Dies drücke sich aus in klaren Führungsund Verantwortungskompetenzen mit
jeweiligen Unterstellungen — "S" unter "K" oder umgekehrt —, je nach
Zuständigkeit im Einzelfall. Jansen:
"Das funktioniert in Schleswig-Holstein sehr gut." Deshalb sei der BDK
gegen SPD-Pläne, die von einer durchgängigen organisatorischen Integration sprechen.

Gut beurteilt wird auch die geplante organisatorische Zusammenfassung der Lage- und Führungszentren des Schutzpolizeiamtes und des Kriminalpolizeiamtes. Dann kommt die erste Einschränkung: Die 1976 vorgenommene wichtige und richtige Umstrukturierung der Kriminalpolizeidirektionen könne angesichts Personalmangels "in der Praxis bei weitem nicht so erfolgreich greifen, wie dies unter normalen Umständen möglich ist".

Das heißt mit anderen Worten, eine vernünftige organisatorische Spezialisierung durch mehr eigenständige Kommissariate blieb zum Tell im Ansatz stecken, weil die Fachleute fehlen. "A wurde gesagt, aber nicht auch in jedem Fall das notwendige B. Ein Beispiel dafür, was unter Spezialisierung zu verstehen ist: Früher rangierte der Bereich Wirtschaftskriminalität "in einem Topf" mit Betrug, Urkundenfälschung und Unterschlagung; heute ist er aus guten Gründen selbständig — und kann sich über Arbeitsmangel nicht beklagen.

noch " KN" v. 4.8.80

An der Basis weniger Personal

Uneingeschränkt kommt die Forderung nach Personalverstärkung bei den Basisdienststellen, das sind die Kripo-Außenstellen, die Kripostellen und die Kommissariate der Kriminaldirektionen. Angekreidet wird hier der Landesregierung das Versäumnis, 1976/77 keine zusätzlichen Planstellen für die Kriminalpolizei geschaffen zu haben. Die Auswirkungen - durch die Ausbildungszeiten - sind heute spürbar: 130 vorhandene Stellen sind nicht mit Kripo-Beamten besetzt (14 Prozent aller Stellen). Zwar seien dann 1978 93 Stellen hinzugekommen, die aber in Sachen Terrorismusbekämpfung ausschließlich beim Kriminalpolizeiamt angesiedelt worden sind, heißt es erläuternd. 1979 gab's 40 und 1980 35 zusätzliche Stellen im Landeshaushalt,

aber ein Teil der künftigen Stelleninhaber sei noch in der Ausbildung, wurde uns erklärt.

Fazit: Die Ist-Stärken der Basisdienststellen sind im Zeitraum 1975 bis 1980 rückläufig — trotz eindeutiger Mehrbelastungen, etwa durch die Umstrukturierung der Kripo-Direktionen mit neuen Komissariaten, die wachsende Zahl von Bearbeitungen und durch gesetzliche Arbeitszeitverkürzungen. Drei konkrete Forderungen:

- Kurzfristiger Personalausgleich, um die 130 offenen Stellen zu besetzer ("in der Polizeiausbildung verstärkt di Kripo berücksichtigen").
- Mittel- bis längerfristig Personalverstärkung um 270 Planstellen für

 Nicht nur mehr Plätze für Kriminalangestellte schaffen, sondern diese Stelleninhaber auch qualitativ im BAT (Angestelltentarif) besser brücksichtigen.

Basisdienstellen, wobei Prioritäten zu

beachten sind.

Eingruppierung nicht gerecht

Hans-Peter Jansen: "Als Schreibund Bürokräfte sollen sie die Sachbearbeiter entlasten. Erfahrungen zeigen, daß sie vorzügliche Arbeit leisten. Aber ihrer spezifischen Arbeit wird die Eingruppierung im BAT in vielen Fällen nicht gerecht."

Der Landesvorsitzende weiter: "Dies sind verantwortungsbewußte Forderungen." Innenminister Barschel erkennne sie auch weitgehend an.

Der zweite wichtige Komplex aus BDK-Sicht: Die Bewertung des kriminalpolizeilichen Dienstes sei schief. In der Diskussion ist das Thema schon ein Evergreen. So sind die Möglichkeiten, vom mittleren in den gehobenen Dienst aufzurücken, dem BDK im Ergebnis zu gering. Seit fünf Jahren registriert man praktisch ein Stagnieren, nachdem es von 1971 bis 1975 noch einen Aufschwung von zwölf auf 40 Prozent Anteil des gehöbenen Dienstes gegeben hatte. Einen Lichtblick sieht der Landesvorsitzende in der Erklärung des Innnenministers, bis 1983 haushaltsmäßig die Grundlage für eine Steigerung auf einen Anteil von 50 Prozent zu schaffen. Aber auch wenn Stellen und Geld vorhanden sind, so mangelt es zum Teil an den geeigneten Leuten. Beim BDK rechnet man deshalb realistisch mit etwa 42 Prozent.

Das Bild abrundend wird schließlich festgestellt, daß der Anteil des höheren Dienstes mit etwa 2,7 Prozent deutlich zu wenig sei angesichts der Besetzung wichtiger Führungsfunktionen.

Personalforderungen auf der Basis sauberer Statistiken

BDK sucht Ausgleich für echte Mehrbelastungen

KN: HJM Kiel
Statistiken läßt es sich trefflich
streiten, vor allem wenn daraus finanzwirksame Konsequenzen gezogen werden sollen. Ein immer wiederkehrendes Beispiel ist die vieldeuthare Kriminalstatistik.

Aus dieser Situation will nun der Bund Deutscher Kriminalbeamter in Schleswig-Holstein Konsequenzen ziehen. Statistisch mehr Fälle gleich Arbeitsmehrbelastung gleich mehr Leute ist eine Formel, die man sich in dieser Kripo-Organisation zu eigen macht. Aber man will sie jetzt mit Hilfe einer detaillierten Analyse untermauern. Diese Arbeit beginnt im Herbst, wie der Landesvorsitzende Hans-Peter Jansen in Kiel ankündigte.

Die Argumente für die Personalforderungen sollen getragen sein von einer "redlichen Statistik, die echt ausweist, was die Kripo mehr zu leisten hat" als Folge der wachsenden Kriminalitätszahlen, erläuterte Jansen. Zumal die Mehrarbeit auch noch durch die Tatsache gekennzeichnet ist, daß mit der generell steigenden Kriminalität sich auch die Amtshilfeersuchen aus anderen Bundesländern und

Zur Kriminalitätslage liegen unter anderem diese Zahlen auf dem Tisch: Im Fünfjahresvergleich 1975 bis 1979 war in Schleswig-Holstein eine Zunahme um 21,6 Prozent zu verzeichnen (Bund: 15,4). Bezogen auf den von der Kripo zu bearbeitenden Anteil weisen die Zahlen im selben Zeitraum einen Anstieg im nördlichsten Bundesland von 8,7 Prozent aus; das heißt konkret um 5410 auf 67 628 Fälle. Jansen: Schon daran ist die Mehrbelastung der Kriminalpolizei sauber abzulesen.

Im Zusammenhang mit unserer Veröffentlichung des Jansen-Interviews (siehe KN von Montag) hat eine mißverständliche Formulierung zu telefonischen Reaktionen geführt: Auch wenn Geld und Stellen vorhanden seien, um haushaltsmäßig den Anteil des gehobenen Dienstes bei der Kripo auf 50 Prozent zu bringen, so mangele es zum Teil an geeigneten Leuten, hatte es geheißen.

Wir gehen selbstverständlich davon aus, daß alle Beamten der Kripo geeignet sind. In diesem speziellen Fall ging es lediglich darum, deutlich zu machen, daß aufgrund von zur Zeit 130 unbesetzten Stellen und der dreijährigen Ausbildungsdauer des Nachwuchses. Reamte fehlen werden um bis 1002

Bekannte Forderung

Und wie das Amen in der Kirche in diesem Zusammenhang die bekannte Forderung nach der zweigeteilten Laufbahn, wie man sie in Berlin schon praktiziert und auch beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden. Hier traut der BD'' dem verantwortlichen Landesinnnenminister Barschel zu, "diese berechtigte Forderung eher zu ver-

oler Washrichten v. 7.8.80

BDK beklagt föderalistischen Wirrwarr

KN-Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden Ingo Herrmann zur Lage der Kriminalpolizei

KN: HANS-JURGEN MEYN Kiel Steigende Kriminalität bei sinkender Aufklärungsquote. Zunehmende Aufgaben und nicht schritthaltender Personalbestand. Weitgehende Uneinheitlichkeit in Bund und Ländern auf den verschiedensten Gebieten. Das ist im Telegrammstil die Lagebeurteilung des Bundesvorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Ingo Herrmann aus Berlin, seines Zeichens Hauptkommissar. Nach einem Gespräch bei Innenminister Dr. Uwe Barschel in Kiel stand der BDK-Boß gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Hans-Peter Jansen und Presse-Chef Bodo Redlin den "Kieler Nachrichten" Rede und Antwort.

Zum Stichwort Kriminalitätssteigerung weist Ingo Herrmann mit Nachfurck darauf hin, daß in den vergangenen zehn Jahren (1969/1979) die Zahl der erfüßten Straftaten um über 1,3 Millionen von 2 217 966 auf 3 533 802 gewächsen sei (fast 60 Prozent). Als alarmierend bezeichnet er die Entwicklung im ersten Halbjahr 1980. Sie zeigt für das Bundesgebiet eine Steigerung von mehr als zwölf Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Hier liege Schleswig-Holstein deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Ingo Herrmann: "Wenn sich dieser Trend auf Bundesebene fortsetzt, muß für 1980 mit Steigerungen gerechnet werden, die seit 20 Jahren nicht mehr zu verzeichnen waren".

nicht mehr zu verzeichnen waren".

Der Innenministerkonferenz
schreibt der EDK-Vorsitzende ins
Stämmbuch, sie lasse die Offentlichkeit über die wahre Entwicklung der
Krimmalität im unklaren. An die
Adresse vom Bundesinnenminister
Baum (FDP) kommt gar der Vorwurf
der "Schönfärberei". Dem unbedarften
Bürger, der das Zahlenmaterial der
Krimmalistatistik nicht zur Hand habe,
werde der Eindruck vermittelt, als sei
die Kriminalitätsentwicklung gar nicht

so schlimm und die Sicherheit habe sich erhöht.

Ingo Herrmann führt nicht nur die wachsende Kriminalität ins Feld, er operiert auch mit der sinkenden Aufklärungsquote. "Sie ging in den vergangenen zehn Jahren im Bundesdurchschnitt um 6.5 Prozentpunkte zurück", informiert er. Schleswig-Hotstein liege hier mit 38,4 Prozent "mit Abstand" am Ende, rund seehs Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt (4.47 Prozent). Bei "allen notwendigen Vorbechalten" kann es sich der BDK-Vorsitzende nicht verkneiten, einen Blick 25 Jahre zurück zu tun. Damals lag der Anteil der aufgeklärten Straftaten im nördlichsten Bundesdand noch bei 77,5 Prozent (Bundesdurchschnitt 72,6 Prozent).

Dritte "Säule" seiner Betrachtungen ist der Aufgabenzuwachs für die Kripo, der sich hinter seinen Formulierungen wie "sehr personalintensive Terrorismusbekämpfung einschließlich Personenschutz", "zunehmende Bedeutung des Umweltschutzes" und "die unerläßliche Bekampfung der Hauschgiftkriminalität" verbirgt. Die damit verbundene Klage: "Der Personalbedarf wird

überwiegend aus der Substanz ge-

Und um das Quartett der Schwerpunkte abzurunden, nimmt der bärtige Berliner Hauptkommissar auch den Personalbestand unter die Lupe. Von 1972 bis 1990 seien nach Planstellen gerechnet in den Ländern "noch nicht einmal 4000 Beamte" hinzugekommen (etwa 25 Prozent). Bayern ist in dieser Statistik nicht enthalten, weil dessen Zahlen keine Differenzierung zulas-

In Schleswig-Holstein liege der Personalzuwachs zwar bei rund einem Drittel. Aber etwa 110 Stellen von 905

Polizeidichte "noch nicht dicht genug"

(Soll) seien nicht mit "praktizierenden Kriminalisten", sondern Angestellten und "Azubis" besetzt. Hier wirke sich aus, daß 1976 und 1977 keine Planstellen für die Kripo im Lande hinzu gekommen seien.

In einem anderen Punkt vermag Ingo Herrmann Positives an die Adresse Schleswig-Holsteins zu sagen. Die 1972 von den Innenministern des Bundes und der Länder in ihrem Sicherheitsprogramm festgelegte Pelizeidichte — ein Beamter auf 400 Einwohner — ist inzwischen von den drei Stadtstaaten und vier Flachländern, darunter das nördlichste Bundesland, erreicht oder leicht überschritten worden.

Der BDK-Vorsitzende gießt allerdings etwas Wasser in den Wein: Die 1972 kenzipierte Polizeidichte entspreche nicht mehr den Anforderungen des Jahres 1980. Außerdem sei zu sehen, daß Polizeidichte nicht mit der Polizeipräsenz – den tatsüchlich im Exekutivdienst tätigen Polizeibeamten – gleichgesetzt werden könne. Errechnet werde die Polizeidichte auch nach den im Haushalt . ausgewiesenen, nicht aber nach den tatsächlich besetzten Stellen. Und während der Aberid- und Nachtzeit erreiche sie einen kaum vertretbaren Wert.

Die Forderungen laufen darauf hinaus, den Richtwert der steigenden
Kriminalität, dem wachsenden StraBenverkehr, den Arbeitszeitverkürzungen und den Urlaubsverlängerungen anzupassen. Einen speziellen Wert
für die Kriminalpolizeidichte, an der
sich der Personalbedarf der Kripo
orientieren könnte, gibt es allerdings
nicht, ihn sparte die Innenministerkonferenz aus. Bei einem zahlenmälligen Verhältnis von Bürgern zu Kriminalpolizei nimmt Schleswig-Holstein
den achten Platz unter den Bundesländern ein.

Wenn Ingo Herrmann schließlich fordert, der Uneinheitlichkeit der Kriminalpolizeien des Bundes und der Länder müsse ein Ende bereitet werden, dann meint er vornehmlich diese Bereiche: Organisation, Zuständigkeitsregelungen, Ausrüstungen und Ausstattung, Aus- und Fortbildung (Laufbahnbewertung) und Gesetzgebung.

Seine Erläuterungen machen deutlich, daß hier der Föderalismus einen



Mit Zahlen und Fakten unterstric Vorsitzende des Bundes Deutscher nafbeamten, Ingo Hermann aus Berli für den Kripo-Bereich mehr getan w müsse. Foto Beck

ziemlichen Wirrwarr produziert Vergleiche sind wegen der uschiedlichen Gegebenheiten auf dentlich schwierig.

dentiich schwerig.
Hier folgt dann noch ein we
Lob für Schleswig-Holstein: Nac
Erfordernissen an die Organisati
dieses Bundesland eines der wei
das "beinahe vorbildlich ist." Inn
nister Barschel habe in dem vor
gangenen Gespräch auch versich
habe keinerlei Absicht, hier etw
verändern.

Ein Thema, das den BDK-L schon lange unter den Nägeln be ist der unterschiedliche Antei Kripo-Beamten am gehobenen D Berlin 70 Prozent, Nordrhein-Wlen etwa 60 Prozent, Schleswig stein gut 40 Prozent.



Pressegespräch: Stellv. Chefredakteur der Kieler Nachrichten, Hans- Jürgen Meyn, BDK-Bundesvorsitzender Ingo Herrmann, Pressesprecher Bodo Redlin, Landesvorsitzender Peter Jansen

Abschied und Ende der Verbandsarbeit/Rücktritt aus dem Hauptpersonalrat der Landespolizei und dem Personalrat der KD SH Mitte Kiel

Ausschnitt aus dem BDK-Mitteilungsblatt

Durch das neue Ausbildungskonzept des Innenministeriums eröffnete sich für den Kollegen REDLIN die Chance zum Aufstieg in den gehobenen Dienst. Kollege REDLIN hat die Auswahlprüfung bestanden und wird ab 6. Oktober 1980 zunächst den Förderlehrgang an der Landespolizeischule in Eutin (Kienitzhörn) besuchen und anschließend das Studium an der Verwaltungsfachhochschule in Kiel-Altenholz absolvieren. Es ist einsehbar, daß er sich hierauf voll und ganz konzentriert. Konsequent war damit der Schritt zum Rücktritt von der HPR-Arbeit, die er im Interesse der von ihm im HPR vertretenen Polizeibeamten des Landes fairerweise nicht nur mit halber Kraft verrichten wollte. Der seinerzeit zugleich mit ihm gewählte "Ersatzvertreter" Hans-Peter JANSEN hätte für Bodo REDLEN dessen Aufgaben im HPR wahrnehmen sollen. Er aber ist am 6. Mai 1980 zum BDK-Landesvorsitzenden gewählt worden. Die Führung des Landesverbandes hätte ihm ebenfalls nicht eine angemessene Aufgabenerfüllung im HPR für die kommenden Jahre erlaubt.